

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Granowstr. 5/6,
und durch Postbestellung zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2,50,
frei ins Haus M. 2,92,
wo keine Post ein D. M. 2,51.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr
beträgt für die einspaltige
Kolonne oder deren Raum
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Berufungs-Anzeigen
15 Pfennige.
Auswärtige Inserate 35 Pf.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 3 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 122.

Breslau, Sonnabend, den 27. Mai 1911

22. Jahrgang.

Um Elß-Lothringen.

Konflikt zwischen Regierung und Junkern.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wer in Erinnerung früherer Reichstagsdebatten ohne Kenntnis der politischen Vorgänge allerjüngster Zeit den Verhandlungen des Reichstages am letzten Dienstag beiwohnte, der hätte sich an der Aufregung mögen, um zu hören, ob er wache oder träume. Der schwarz-blaue Nord in zwei feindliche Lagen geteilt, die rechtsparteilichen Echarfmacher in einer Front mit der Linken, die Junker isoliert, der Reichskanzler und seine Staatssekretäre im schärfsten Kampfe gegen die äußerste Rechte! Ein Teil des Zentrums wider die konfessionelle Schule, das heißt wenigstens ihre verfassungsmäßige Festlegung, die Linken gegen die angebliche „Entrechtung“ Preußens durch die von der Regierung befristete Regelung der Abstammungsverhältnisse im Bundesrat! Herr von Oldenburg-Danuschau beschuldigt Herrn v. Bethmann-Hollweg, daß er mit der Partei des republikanischen Umsturzes über die Ausdehnung der Kaiser Gewalt verhandelt, und bestätigt, daß er selbst in der Kommission für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gestimmt habe, allerdings nur in der üblichen Absicht, die ganze Vorlage kaputt zu machen. Herr v. Bethmann-Hollweg, der abgelegte Feind politischer Massenherrschaft, erklärt sich bereit, das gleiche Wahlrecht für Elß-Lothringen anzunehmen und bekämpft sich gegenüber den Stillstandspolitikern der Rechten in reichsam prophetischen Wendungen zu einer Politik des Fortschritts! Kurz, hätten die Zeitblätter vom letzten Sonntag einen Reichstagsbericht erfunden, gleich jenem, der an anderer Stelle dieses Blattes zu lesen ist, man hätte sie humorlos gefunden, weil zu einem wirklichen Bericht wenigstens noch ein kleiner Rest von Wahrscheinlichkeit gehört.

Das Unwahrscheinlichste, hier ward's Ereignis! Zwei Ursachen haben zusammengewirkt, um eine so merkwürdige politische Augenblickslage herbeizuführen: der impulsive Wille der Krone, der ein Zustandekommen der reichsständischen Verfassung um jeden Preis fordert, und die entschlossene Absicht der Sozialdemokratie, jede Verfassungsreform ohne gleiches Wahlrecht zum Scheitern zu bringen. Herr v. Bethmann-Hollweg, der von seinem Herrn beauftragt ist, die Verfassung binnen kürzester Frist in den Kassen zu geleiten, hat sich davon überzeugen müssen, daß die Einführung eines Pluralwahlrechts den sicheren Untergang für seine Vorlage bedeutet, und er hat sich daher entschlossen, diesen Ballast über Bord zu werfen. Ob es ihm dadurch gelungen ist, das Schiff der Verfassungsreform flott zu machen, wird sich in der dritten Lesung zeigen müssen. Daß er sich aber durch sein Verhalten, mag er auch nur der Not und nicht dem eigenen Ehrgeiz gehorcht haben, sich den unvermeidlichen Saß der Junker zugezogen hat, ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache.

Man spricht bereits davon, daß Herr v. Bethmann nach der Erledigung der Verfassungsvorlage, wie immer sie ausfallen möge, seine Entlassung zu nehmen beabsichtige, weil er sich nicht die Kraft zutraut, der Gegnerschaft der konservativen Fronde dauernd standzuhalten. Ob nach ihm ein Kanzler kommt, der den Kampf gegen die Herrschaft der reaktionären Minderheitsgruppe aufnehmen versucht, ob umgekehrt ein reines System Oldenburg mit Staatsstreich und Ausnahmegesetzen zur Herrschaft gelangt, oder ob man versucht wird, in der bisherigen Weise fortzuzurufen, darüber kann man heute kaum noch Vermutungen hegen. Nur so viel ist sicher, daß die Verwirrung unserer öffentlichen Zustände abermals steigen, die Schärfe der politischen Kämpfe in außerordentlicher Weise zunehmen wird.

Die Sozialdemokratie kann die Günst absonderlicher politischer Augenblickslagen ausnutzen und gelegentlich die Regierung durch Not zur Zugend zwingen, aber es fällt ihr nicht ein, deswegen auch nur für eine Sekunde ihren Grundcharakter zu verleugnen, oder die Notwendigkeit der bevorstehenden schweren Kämpfe zu vergessen. Auch was sich jetzt im Reichstage begibt, kann von ihrem Standpunkte aus nur aufgefaßt werden als ein Stück Vorbereitung für künftige Auseinandersetzungen, bei denen es viel ungenüßlicher zugehen dürfte, als augenblicklich im deutschen Reichstage.

Es geht bei den gegenwärtigen Verhandlungen nicht allein um Elß-Lothringen, es geht um mehr. Herr v. Oldenburg hat es angedeutet, die konservative Presse schreit und plärrt es alle Tage, die heiligsten Güter des Junkertums sind bedroht, das Dreiklassenwahlrecht ist in Gefahr. Es ist nicht nur in Gefahr, es ist schon reif für's Begräbnis, und die Debatte über die reichsständische Verfassung wird der Nagel zu seinem Sarge. Welches Maß von Anstrengungen und Opfern notwendig werden wird, um die mit der reichsständischen Verfassung begonnene Entwicklung auch in Preußen bis zu ihrer logischen Konsequenz zu treiben, das läßt sich allerdings noch nicht vorsehen, und leichtfertiger Optimismus könnte die bitterste Enttäuschung erleben. Aber der Erfolg steht fest, der Sieg

des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch in Preußen wird unvermeidlich!

Ueber den Personen von Freund und Feind steht die Idee der Demokratie, die in den Klassenkämpfen der neuesten Zeit immer mehr zur politischen Idee des Proletariats geworden ist, wie der Sozialismus seine wirtschaftliche Idee ist.

Diese politische Idee des Proletariats, trotz aller Widerstände, sie marschiert!

Ueber die Beratung des Wahlgesetzes am Mittwoch wird uns weiter geschrieben:

Mit 262 gegen 17 Stimmen hat der Reichstag am Mittwoch beschlossen, daß das Wahlrecht zur reichsständischen Volkskammer gleich, geheim und direkt sein soll. Die Regierung hat durch ihr Schweigen diesen Beschluß akzeptiert.

Das so geschaffene Wahlrecht bleibt von einer vollständigen Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen ebensoweit entfernt wie das Ganze des Verfassungswerkes selbst. Den Bewohnern von Elß-Lothringen bleibt noch viel zu tun, ehe sie sich jener vollkommenen demokratischen Freiheit erfreuen werden, die die Sozialdemokratie ihnen wie allen Vätern erkämpfen will. Sie werden den durch die Wohnungsklausel Ausgeschlossenen, den Frauen, den Männern zwischen 20 und 25 Jahren das Wahlrecht eringen müssen, und sie werden auch dafür zu sorgen haben, daß sich ihre Volkskammer gegenüber der monarchistischen Gewalt und der lebensunfähigen Mißgeburt der ersten Kammer im lebendigen Leben des Landes als maßgebender Faktor behauptet. Aber etwas wird ihnen abgenommen sein, was die Väter Preußens und Sachsens zühnend tragen müssen, ein Kampf wird ihnen erspart bleiben, vielleicht der schwerste von allen, der Kampf gegen die infame Ungleichheit des Wahlrechts, die die Mehrheit der Bevölkerung zum Vorteil einer Minderheit unterdrückt und schändet. Das Wahlrecht in Elß-Lothringen wird gleich sein, das Pluralwahlrecht wie das Pluralwahlrecht sind abgetan und erledigt für alle Zeiten. So wenig auch das ganze Werk in allen seinen Teilen den Forderungen der sozialdemokratischen Programms entspricht, an diesem einen ungeheuer wichtigen Punkt trägt es die unauslöschlichen Spuren sozialdemokratischer Arbeit.

Die Sozialdemokratie hat das Pluralwahlrecht zu Fall gebracht, sie hat, die Notlage der Regierung ausnutzend, dem gleichen Wahlrecht zum Siege verholfen.

Zweihundertzweiundsechzig gegen siebenundvierzig. Nicht oft hat sich in großen Fragen eine so gewaltige Mehrheit im Reichstag zusammengefunden. Die Majoritäten des Bündnisblocks wie des schwarz-blauen Bündnisses reichen nicht entfernt an sie heran. Das Interessanteste an dieser Mehrheit ist aber, daß sie nicht erzielt wurde durch die Uebereinstimmung der Ueberzeugungen, sondern durch die Macht der Tatsachen, durch den moralischen Zwang, den das Reichstagswahlrecht auf seine Gewährten ausübt. Die Abstimmung von Mittwoch war eine Selbstbehauptung der Demokratie, ein Triumph des Gleichheitsprinzips über die zahlreichen ihm offen oder insgeheim widerstrebenden Strömungen. Unter den 262, die für das neue reichsständische Wahlrecht stimmten, sind, von den Sozialdemokraten abgesehen, die überzeugten und begeisterten Freunde des gleichen Rechts sicher sehr dünn gesät, viel dünner jedenfalls als die Zweifler und Widersacher. Aber die Zweifler mußten verstummen, die Widersacher mußten die Waffen strecken vor dem neuen Volksgeist, der in den preussischen Wahlrechtskämpfen mächtig geworden ist. In diesem Sinne ist die Abstimmung vom 24. Mai der erste große Erfolg der von Preußen aus entfalteten Wahlrechtsbewegung. Andere, größere werden nicht ausbleiben.

Die Niederlage der Junker ist vollkommen, 47 von 387, 47 gegen 262! Und nicht einmal zu reden wagten sie. Stumm und teilnahmslos saßen sie da, ein schmerzhaft zusammengeballtes Häuflein Unglück. Sie, die Diktatoren Preußens, die Drahtzieher der Regierung, die Herren auch des deutschen Reichstages, wo sie abwechselnd mit Liberalen und Zentrum Mehrheit spielten, waren zu einer ohnmächtigen winzigen Minderheit zusammengeschmolzen. Auf einmal mußten sie merken, daß es auch ohne sie, ja sogar auch gegen sie geht!

Die Sozialdemokratie hat freilich bei vielen Abstimmungen, in denen sie isoliert blieb, nicht mehr Stimmen aufbringen können als die Junker am letzten Mittwoch. Aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob eine Partei in der Minderheit bleibt, die sich auf einem aufsteigenden Ast der Entwicklung befindet, oder ob dasselbe Schicksal einer anderen politischen Gruppe widerfährt, die unaufhörlich auf der schiefen Ebene niedergleitet. Die Sozialdemokratie kann es sich erlauben, einsam zu bleiben, sie wächst, auch wenn sie allein steht, ja dann erst recht. Das alterschwache Junkertum hat nicht mehr die Kraft, allein zu stehen, die Isolierung bedeutet ihm nichts anderes als den Anfang vom Ende.

Hinter der Abstimmung vom 24. Mai steht die kommende Abrechnung der allgemeinen Reichstagswahlen, steht der preussische Wahlrechtskampf, der nach seinem Sieg im Reichstag, in Preußen, nur noch

gang anderen Kräften aufgenommen werden wird als bisher. Das Junkertum hat eine furchtbare Niederlage erlitten, jetzt gilt es, den Krieg Schlag auf Schlag fortzuführen bis zur völligen Vernichtung des Feindes!

Politische Uebersicht.

Vertagung des Reichstages. Dem Reichstag ist ein Antrag zugegangen, seine verfassungsmäßige Zustimmung zur Vertagung bis zum 10. Oktober 1911 zu erteilen. Gleichzeitig damit ging dem Reichstag ein besonderes Diätengesetz zu, das die Entschädigung für den Monat Oktober auf 300, für den Monat November auf 400 Mk. festsetzt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß es dringend notwendig sei, daß der Reichstag eine Anzahl bereits vorbereiteter Gesetzentwürfe noch erledigt. Eine finanzielle Mehrbelastung des Reiches ist durch die Herbsttagung nicht zu erwarten, da infolge der Neuwahlen nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode die Tagung des Reichstages eine Unterbrechung erleiden wird, wodurch Ersparnisse an den etatsmäßig zur Verfügung stehenden Entschädigungsraten eintreten werden.

Die Russeninterpellation im Abgeordnetenhaus. Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Mittwoch mit dem tragischen Ende des russischen Studenten Dubrowsky, der wegen politischer Unzuverlässigkeit und Mangel an den nötigen Substanzmitteln von der Berliner Universität zur Rückgewiesung war und sich bald darauf das Leben genommen hatte. Der Fall erregte um so größeres Aufsehen, als es sich um den Sohn eines hohen russischen Beamten handelte, eines Mitgliedes des heiligen Synods, und um einen Studenten, dessen hohe Begabung zu den besten Hoffnungen berechtigte und der von allen seinen Lehrern als eine Perle der Wissenschaft bezeichnet worden war.

Unsere rührige Fraktion im Dreiklassenhaus hatte alsbald nach Bekanntwerden dieses beklagenswerten Vorganges die Sache in Form einer Interpellation zur Sprache zu bringen versucht, einer Interpellation, deren Wortlaut sich aber nicht beschränkte auf diesen offensichtlichen Mißgriff der politischen Polizei, sondern die ihre Spitze gegen die politische Ueberwachung unserer Universitäten überhaupt richtete. Die wackeren Freisinnigen konnten sich aber nicht dazu aufschwingen, diese Interpellation mitzunterzeichnen, und so mußte von ihrer Einbringung Abstand genommen werden, weil unsere Genossen allein nicht über die zu einer Interpellation geschäftsordnungsmäßig notwendigen 15 Mitglieder verfügten. Dafür brachte die fortschrittliche Volkspartei einige Tage darauf eine eigene Interpellation ein, die viel milder in der Form, sich auf den Fall Dubrowsky beschränkt, die Ueberwachung der Universitäten als eine gesetzwidrige Tatsache hinnimmt und nur gegen ein allzu brutales Vorgehen der Polizei sich wendet. Diese Interpellation kam am Mittwoch an die Reihe und wurde begründet vom Abg. Dr. v. Dittz, dem bekannten Strafrechtslehrer, der selbst Mitglied des Lehrkörpers der Berliner Universität ist. Seine Rede ließ die mannigfache Sprache, die hier an Platte gewesen wäre, fast völlig vernichten, ja, Dr. v. Dittz erblickte durchaus nichts Bedrohendes für die Universitäten darin, daß die Polizei im Ausnahmefall erludt wird, ob ein Student zugelassen werden soll oder nicht. Er will nur, daß die Polizei ihre Behauptungen wenigstens begründet und daß die Universitätsbehörden wenigstens mitzureden haben. Von der Bescheidenheit dieser Forderungen kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß die Minister des Kultus und des Innern ihr nachkommen zu können erklärten. Zwar sollen die politischen Schikanen gegen russische Studierende aufrecht erhalten bleiben. Es soll überhaupt, wie sie wiederholt versicherten, nichts am bestehenden Zustand geändert werden. Nur sollen, welcher gewaltige Fortschritt, die Universitätsbehörden nicht slavisch gebunden sein an die politischen Auskünfte. Und mit diesem Ergebnis erklärte sich Dr. v. Dittz mit vielen Verbeugungen gegen den Ministerpräsidenten in jeder Beziehung zufriedengehend. Angehts dieser Haltung des Reichstages konnte Genosse Dr. Liebknecht mit Enttäuschung konstatieren, daß es auch in diesem Fall wieder einmal die Sozialdemokratie ist, die im Interesse der deutschen Kultur, der deutschen Universitäten und vor allem des deutschen Ansehens im Auslande gegen die preussische Kultur Erhellung nimmt und es als einen geradezu barbarischen Zustand bezeichnet, daß die preussischen Universitäten Dependancen der politischen Polizei sein sollen. Unter Hinweis auf den Widerstand der tapferen Göttinger Sieben gegen unerträgliche Zumutungen, forderte er Professoren und Studenten auf, sich aufzumachen gegen dieses preussische Aitenat auf die akademische Freiheit.

Leider besteht wenig Hoffnung, daß das geschehen wird. Die Studentenschaft erträgt alles ruhig und rafft sich nur auf, wie kürzlich in Straßburg, wenn sie bei einem Kaiserbesuch einmal schlecht plaziert ist.

Nachträge zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl. In der Württembergischen Kammer brachte, wie schon erwähnt, Genosse Heimann am Dienstag bei der Beratung des Etats des Innern den „Staatsanzeiger“-Artikel zur Sprache, aus dem allgemein gefolgert wurde, daß die württembergische Regierung dem Genossen Lindemann im Falle seiner Wahl nicht bestätigt haben würde. Genosse Heimann führte u. a. aus:

Der Artikel werde allgemein als eine Desavouierung der früheren Haltung der Regierung gegen Dr. Lindemann aufgefaßt. Die von dem Artikel angemaßte Berufung fordere die schärfste Zurückweisung heraus, weil der „Staatsanzeiger“ ein Organ des Staates und keine Privatunternehmensbeimatte seien. Da die Regierung feierlich ein Recht habe, als über den Parteien stehend betrachtet zu werden, hänge wesentlich davon ab, wie sie die Haltung ihres Organes rechtfertige. Der Artikel enthalte eine Klassifizierung und Disqualifizierung größerer Wählerkategorien. Er habe den Zweck, das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht aufstrebenden Interessen

Landtagswahl in Württemberg. Dienstag fand im württembergischen Oberamt Leonberg der zweite Wahlgang statt. Da die Volkspartei sich zu einer offenen Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten nicht entschließen konnte, weil sie behauptete, ihrer Anhänger nicht durchaus sicher zu sein, standen sich wiederum drei Kandidaten gegenüber.

Der Minister des Innern v. Pischel antwortete, der Artikel sei von der Regierung weder beeinflusst noch beeinflusst; es handle sich um eine Reaktionsarbeit des „Staatsanzeigers“.

Die Angriffe auf die Regierung seien damit hinfällig. Der Artikel enthalte wohl gewisse Verdrehungen, die besser unterblieben oder abgeschwächt worden wären, aber keinen Angriff auf das Wahlrecht. Es sei falsch, wenn angenommen werde, die Regierung oder die Krone hätten zu der Frage der Wahlprüfung überhaupt Stellung genommen.

Ein nationalliberaler Redner verteidigte den „Staatsanzeiger“-Artikel; ein Bauernbündler beugte die Debatte zu einem scharfen Angriff auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Mit besonderer Schärfe wies der Zentrumsführer Klene auf die Unmöglichkeit der Befähigung eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters hin.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Minister v. Pischel, nach wie vor halte er seine Erklärungen von 1904 aufrecht. Es lasse sich aber nicht verkennen, daß die Regierung gegen sozialdemokratische Oberbürgermeister sehr vorsichtig sein müsse.

Der Minister versicherte am Schluß noch einmal, die Staatsregierung könne für den „Staatsanzeiger“-Artikel nicht verantwortlich gemacht werden.

Das Fickto der Zündwarensteuer. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen betreffend die Aenderung des Zündwarensteuergesetzes.

Das nach so kurzer Zeit bereits eine Aenderung des Gesetzes vorgenommen werden muß, ist ein Beweis für die ungläubliche Schlamperei, mit der der Schnapsblock seine Steuererträge hält.

Dem neuen Reichstag wird demnächst ein Gesetzentwurf über die Destruierung der Zündwaren-Ersatzmittel zugehen, ein Wunsch, den die Zündwarenfabrikanten schon jetzt mit allem Nachdruck vertreten.

Das Kurpfälzergesetz. Die Kurpfälzer-Kommission des Reichstages hat die Weiterberatung des Gesetzes bis auf den Herbst verschoben. Durch fleißige Arbeit soll es gelingen, das Gesetz dann völlig durchzubekommen.

Das Kurpfälzergesetz. Die Kurpfälzer-Kommission des Reichstages hat die Weiterberatung des Gesetzes bis auf den Herbst verschoben. Durch fleißige Arbeit soll es gelingen, das Gesetz dann völlig durchzubekommen.

Ausland.

688 Kandidaten in 222 deutschen Wahlbezirken. Der Wahlkampf in Österreich bereits in vollem Gange. In den 222 deutschen Bezirken sind, soweit sich dies nach den bisherigen Anmeldungen feststellen läßt, 688 Kandidaten aufgetreten.

Davon entfällt ein großer Teil auf die Sozialdemokraten, die in allen Kreisen aufsteilen. Die Christlich-sozialen haben in 175 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, die Deutschnationalen 77, die Fortschrittler 30, die Deutschagrarien 50, die Deutschradikalen 35, die deutsche Arbeiterpartei 25, die Altkatholiken 11, außer Schönerer als Wahlkandidaten.

Die Sturmjahren bei Einbringung der Wehrreformvorlage im ungarischen Abgeordnetenhaus dauerten fast eine Stunde. Julius Fuß, Graf Pallavicini und viele andere extreme Achtundvierziger schrien fortwährend: Zuerst all-gemeines Wahlrecht! Früher gibts keine Wehrreform!

Wie aus Wien ergänzend gemeldet wird, enthält der Wehrreformgesetz bezüglich der österrösischen Landwehr nachstehende Bestimmungen: Das Kontingent wird von 19.970 Mann auf 21.000 Mann, also um 930 Mann erhöht.

Baron Banffy, der ein Alter von 67 Jahren erreicht hat, war ein Schüler Colomans Tilgass und betrieb eine frumme magyarisch-nationale Politik in Ungarn; vor allem suchte er die gewaltsame Magyarisierung der Sachsen in den siebenbürgischen Komitatien durchzuführen.

Die Geborgen gingen in ihm um während dieser letzten Regierzeit. Sollte er Serafina etwas davon verraten, daß er wisse, was sie getan hätte? oder sollte er warten, ob sie ihm ein Geheimnis machen werde? Und wie, wenn sie es nicht tat?

herbel. Sie verhinderten die Verhandlung über das Budgetprovisorium, und darauf wurde Banffy am 26. Februar 1899 entlassen. Er betätigte sich nach seinem Rücktritt noch eine Zeitlang als Privatmann und Schriftsteller am politischen Leben.

Frühzeitiger Schluß der Dumasektion. Wiber Erwarten hat die Regierung beschloffen, die Duma bereits am 23. Mai in die Ferien zu schicken, obgleich noch eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen unerledigt geblieben sind.

Die Arbeiter beim Begräbnis des Kriegsministers Verzeugung. Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus Paris: Verzeugung Begräbnis wird durch eine bemerkenswerte Ehrung denkwürdig sein.

Neue Enghfika des Papstes. Eine Note des „Observatore“ sagt, es stehe die Veröffentlichung einer päpstlichen Enghfika gegen die Verfolgung der Kirche durch die vortragliche Regierung bevor, besonders gegen das ungerechte Trennungsgesetz.

Zum türkisch-montenegrinischen Konflikt. Der Konstantinopler Korrespondent der „Neuen freien Presse“ erklärt, der Minister des Inneren, Rifaai Pascha, niemand könne in der Unterstellung eines türkischen Decrets von 15.000 Mann gegen die Aufständlichen eine Bedrohung Montenegro's erblicken.

Genosse Peter Stadtmüller-Offenbach ist am Montag nach kurzem Leiden im 76. Lebensjahre verstorben. Er stand stets in den vorderen Reihen unserer Bewegung und war durch das Vertrauen der Genossen auch neun Jahre lang Mitglied der Stadtdirektorenversammlung.

Parteiangelegenheiten.

Genosse Peter Stadtmüller-Offenbach ist am Montag nach kurzem Leiden im 76. Lebensjahre verstorben. Er stand stets in den vorderen Reihen unserer Bewegung und war durch das Vertrauen der Genossen auch neun Jahre lang Mitglied der Stadtdirektorenversammlung.

Wer tat's? Roman von Konrad Felmann. (Nachdruck verboten.) Severo hatte das Gefühl, als ob ein Wort brennen würde an ihm. Er dachte an die Worte, die er Serafina einreden wollte, daß er nicht wisse, was sie getan hätte.

Wer tat's? Severo hatte das Gefühl, als ob ein Wort brennen würde an ihm. Er dachte an die Worte, die er Serafina einreden wollte, daß er nicht wisse, was sie getan hätte. Er dachte an die Worte, die er Serafina einreden wollte, daß er nicht wisse, was sie getan hätte.

Wer tat's? Severo hatte das Gefühl, als ob ein Wort brennen würde an ihm. Er dachte an die Worte, die er Serafina einreden wollte, daß er nicht wisse, was sie getan hätte. Er dachte an die Worte, die er Serafina einreden wollte, daß er nicht wisse, was sie getan hätte.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Nationalliberale im Wahlkampf.

Ueber die Gründe, die den nationalliberalen Kandidaten für Gubrau-Steinau-Wohltau, Malermaler Ceple, zur Niederlegung seiner Kandidatur veranlassen, erzählt die Breslauer Zeitung, daß es sich dabei tatsächlich um ein Verzeihen des Herrn Ceple handeln soll.

„Schon vor Annahme der Kandidatur ließ Herr Ceple sich von seinem Arzt untersuchen, der ihm bei einiger Schonung nicht von der Annahme eines Reichstagskandidatur anzurathen zu müssen glaubte. Es sollte sich jedoch bald zeigen, daß die unerhörtesten Angriffe der rechtsstehenden Parteien auf die persönliche Ehre des Kandidaten als Stadtverordnetenvorsetzers und Kreisratsmitgliedes, das alle Leiden mit größter Festigkeit hervorzuweisen ließ. Dadurch sah sich nun Herr Ceple zu seinem großen Bedauern außerstande, den Wahlkampf weiterhin führen zu können. Alle Nachrichten über irgendwelche Mißlichkeiten innerhalb der nationalliberalen Ortsgruppe oder gar über eine gewisse Rücksichtnahme auf die Person des Landrates, die vermutlich von gegnerischer Seite ausgesprochen worden sind, erweisen sich somit als unwahr. Es sind bereits Verhandlungen mit der Berliner Zentrale der Nationalliberalen Partei angeknüpft worden zwecks Aufstellung eines neuen Kandidaten. In Aussicht genommen ist eine in weiten Kreisen bekannte Persönlichkeit, die dem Bauernbunde nahesteht und von der man sich im Wahlkreise die besten Erfolge verspricht.“

Vorläufig triumphieren allerdings die Agrarier über die Mandatsniederlegung und die „Schlesische Morgenzeitung“ gibt der gefühlvollen Poffnung Ausdruck, daß auch Herr Schmidhals mit seinen Nerven halb fertig sein wird, und deshalb noch nicht aufhören müssen. Das sind so die — Christen!

Malsch, 24. Mai. In der Ober ertrunken ist am Sonntag Abend gegen 7 Uhr der 5½-jährige Bruno Höfing. Der kleine Junge war mit anderen Kindern am Strom, getrieben von brennendem Hochwasser in eine tiefere Stelle und wurde von dem Glute erfaßt und fortgerissen. Die kleine Leiche konnte bis jetzt noch nicht gefunden werden.

Liegnitz, 26. Mai. Auf die Spitze getrieben. Seit einiger Zeit steht der Brauereiarbeiterverband mit den Brauereien in einem unheilvollen Kampfe. Zunächst strebten sich die Brauereien gegen jede Verhandlung, unter Berufung auf einen ihrem Personal aufgegebenen Tarif. Nach wiederholten Versuchen gelang es den Vertretern des Verbandes, die Herren zu einer Verhandlung zu bewegen. In derselben kam eine Einigung insofern zustande, als die Brauereien, das Unumgängliche, in allen Brauereien schon eingeführte, zugestanden. Die Vertreter des Verbandes stellen nun den durchgeführten und bewilligten Tarif bis zur Unterzeichnung fertig. Jetzt, wo alles der Meinung ist, die Lohnbewegung ist erledigt, kommen die Brauereien und haben derartige Verwicklungen in den Tarif gebracht, die es dem Verband unmöglich machen, den Tarif zu unterschreiben. Es scheint also die Absicht der Brauereien darauf hinauszuweisen, den Abschluß zu hinterziehen. Wenn das der Fall ist, so dürfte sich mit den beiden Brauereien ein Kampf vorbereiten, der über die Grenzen der in den Brauereien beschäftigten Arbeiter das lebhafteste Interesse findet. Das Gewerkschaftsmitglied Liegnitz hat sich bereits mit der Sache beschäftigt und im Falle eines Kampfes die weitgehendste Unterstützung zugesagt. Was das für die Brauereien bedeutet, wissen sie bereits aus Erfahrung, dieses Mal dürfte aber der Kampf noch andere Formen annehmen. Bis zum 26. Mai ist den Brauereien aufgegeben, sich endgültig zu äußern, andernfalls als weitere Verantwortung die Brauereien dann selbst zu tragen haben.

Liegnitz, 26. Mai. Humor in Liegnitzer Schulen. In der unteren Klasse erzählt der Lehrer den Schülern die Geschichte vom Sündenfall und der Vertreibung aus dem Paradies. Mehrere Schüler kamen nun eine Stunde zu spät, da der Unterricht infolge Erkrankung des Klassenlehrers eine Stunde später begonnen hatte. Zu einem dieser verspätet kommenden Knaben wendet sich, nach dem „Liegnitzer Anzeiger“, ein sechsjähriger Knabe mit den Worten: „Mensch, jetzt haste aber was verpatzt, der Lehrer hat uns eine feine Geschichte erzählt, wie der liebe Gott Adam und Eva aus Paris rausgeschmissen hat.“ — In einer anderen Schule soll ein Aufsatz über den Giesanten angefertigt werden. Im Best eines Schülers war über den hinteren Körpertheil des Tieres, der abschüssig gebaut ist, zu lesen: „Der Giesant schreit nach hinten etwas ab.“

Sirchberg, 26. Mai. Gegen den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen. Auch die hiesige Freie Jungmännervereingung, die aus sämtlichen hiesigen Jungmännern besteht, nahm eine Resolution an, die sich gegen die Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen ausspricht.

Schnau, 26. Mai. Mord aus Rache. In Neutirch a. R. erschach ein in dem hiesigen Kaltwerk tätiger italienischer Arbeiter einen deutschen Arbeiter aus Rache. Nach der Tat bemerkte er, daß er den Unrechten getödtet hatte und warf ihn in die in der Nähe des Latories vorbeifließende Rahnach. Trotzdem die Verfolgung des Italieners sofort aufgenommen wurde, gelang es noch nicht, seiner habhaft zu werden.

Lüben, 26. Mai. Todesstrafe eines Madlers. Von Krebsberg nach Kottbus fahrend, kam der Schneider Wolf aus Groß-Rosenau mit seinem Kade zu Falle, wobei er sich am Kopfe tödtlich verletzte.

Görlitz, 26. Mai. Stadthalten-Prozess. Im Stadthaltenprozess wurde Ingenieur Martiny-Präsident, der Lieferant der eingestützten eisernen Dachkonstruktion, von der hiesigen Strafkammer in der Berufungsverhandlung freigesprochen. Das erste Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Soyerswerda, 26. Mai. Die notleidende Landwirtschaft. Mit allem traditionellen Pomp fand in Katten bei Wittichman eine wendische Hochzeit statt. Zu den Festlichkeiten wurden zwei Kinder, acht Kälber und neun Schweine geschlachtet. An der Hochzeit, die mehrere Tage dauerte, nahmen nicht weniger als 612 Personen teil.

Landeshut, 26. Mai. Zu dem Tode des Invaliden Julius Langner wird mitgeteilt, daß dieser an einer schlechten Stelle drei Meter tief in den Hober gestürzt ist, jedoch an einer Stelle, wo es beinahe gar kein Wasser hatte; der Tod sei jedenfalls durch Verletzung eingetreten. Von Erstickten sei keine Rede; der Schuß sei Abends 10 Uhr gefallen und habe nachweislich noch um 10½ Uhr mit Bekannten gesprochen. Auch daß ihm die Rente entzogen worden sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Lausau, Kreis Striegau, 26. Mai. Aus der chemischen Fabrik. Am Sonntag, den 21. Mai, Nachmittags 3 Uhr, tagte hierfeldt im Gasthof zur eisernen Brücke eine Versammlung der Arbeiter der chemischen Fabriken von Lausau. Kollege Grohmann sprach über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung in der chemischen Industrie. Er wies darauf hin, daß gerade in der chemischen Industrie eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig sei. Die Verkürzung der chemischen Fabriken mit dem Namen Wittichman deutet darauf hin, daß die Arbeiter ganz erheblichen Gesundheitsgefahren unterworfen seien. Die hohen Kranken- und Unfallziffern sowie frühzeitiges Stadium zeigen, daß in dieser Industrie gegenüber anderen Berufs die Gesundheit der Arbeiter, das einzige Vermögen, was sie besitzen, stark gefährdet wird. Je länger die Arbeitszeit, umso größer sind die Mengen Gift, die in den Körper

aufgenommen werden. Deshalb ist hier möglichst kurze Arbeitszeit am Platze. Aber auch höhere Löhne müssen herausgeholt werden, damit die Arbeiter in der Lage sind, durch gute Nahrung ihren Körper möglichst lange im Interesse ihrer selbst, sowie der Familie zu erhalten. Daß die Fabrikanten höhere Löhne zahlen können, beweisen die hohen Gewinne. Millionen werden alljährlich von den Aktionären mühelos eingeheimelt. Keiner Besatz lohnte den Arbeiter für seine Ausführungen. — Eine Anzahl Arbeiter traten der Organisation bei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 21. Mai 1911 im Gasthof zur eisernen Brücke in Lausau versammelten Arbeiter der chemischen Industrie, erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennen die Verkürzung der Arbeitszeit in der chemischen Industrie als eine unbedingte Notwendigkeit an.“

Sie fordern zunächst: 1. Für Arbeiter, die nur im Tagbetrieb beschäftigt werden: Einführung eines Arbeitstages von höchstens 9 Stunden. 2. Für Arbeiter, die in ununterbrochenen Betrieben, also abwechselnd in Tag- und Nachtschicht beschäftigt werden: Einführung des achttündigen Arbeitstages und Verkürzung der Achttündigen Nachtschichten. An Stelle der letzteren sollen solche von höchstens 12 Stunden Dauer gesetzt werden. 3. Für alle Arbeiter, besonders gesundheitsgefährdender Betriebe, die Einführung eines nach dem Grade der Gefahren abgestuften sanitären Arbeitstages.“

Die Versammelten beauftragten die Versammlungsleitung, die Resolution der Direktion zu übermitteln, mit dem Ersuchen, um baldige Rückführung.

Striegau, 26. Mai. Unglückliche Liebe. Selbstmord beging in Tschachen der bei seinen Eltern wohnende 25 Jahre alte Steinarbeiter Wilhelm Schönkel. Er legte sich nach dem Abendbrot zu Bett und schoß sich in die rechte Schläfe eine Kugel, die ihn sofort tödtete. Da Sch. ein ordentlicher Mensch war, der sich bereits einhundert Mal gepart hat, wird unglückliche Liebe als das Motiv der Tat angenommen.

Schweidnitz, 26. Mai. Der Lohnzettel eines Greises. 65 Stunden à Stunde 10 Pf. macht 6 Pf. 50 Pf., ab für Krankentaxe und Invalidenmarken 26 Pf., auszusahlen 6 Pf. und 24 Pf. Die Rechnung stimmt! Es handelt sich um einen Arbeiter, der das 70ste Lebensjahr überschritten hat, Altersrente erhält und trotz seines hohen Alters 65 Stunden in der Woche fronden muß. Vielleicht verdient sich der Greis nicht einmal den Greis in der Stunde und die Firma Mitter, die den Alten beschäftigt, rechnet es sich schließlich noch als Verdienst an, diesen verbrauchten Lohnklaven überhaupt noch zu beschäftigen. In unglücklicher Weise ist die Gesellschaft, in der nur der Profit des Unternehmers maßgebend ist und der Arbeiter erst an letzter Stelle rangiert, ist es nun einmal so und unter solchen Umständen ist unsere Kritik nicht nur in erster Linie gegen eine solche Ordnung, die es nicht zu verhindern vermag, daß für die Arbeiter der Arbeit nicht in ausreichender Weise gesorgt wird, sondern auch ihren Lebensabend in harter Ironie verbringen müssen.

Striegau, 26. Mai. Arbeitseinschränkung. In der Zigarettenfabrik von Perold u. Mayer wurde die Arbeitszeit täglich um eine Stunde herabgesetzt. Sonnabends wird ganz ausgehört. — Auch in der Handschuhfabrik von Fein hat eine erhebliche Einschränkung der Arbeitszeit stattgefunden. Das sind die Folgen der schwarzen Steuerpolitik.

Glab, 24. Mai. Schneefall. Ein starker Temperatursturz trat auch in hiesiger Gegend mit den letzten Regentagen ein und macht sich besonders im Kurleben der Badegäste empfindlich bemerkbar. Die Kälte nahm am Dienstag derartig zu, daß im Höhenzug der hohen Wiese Schneefall eintrat.

Meiße, 26. Mai. Theorie und Praxis. Just zur selben Zeit, wo die kirchlichen Volksvertreter im Reichstage gegen die Verabsicherung der Altersrente von 70 auf 65 Jahre stimmten, gaben sich die Damen, namentlich die katholischen, Mühe, im Interesse der Armut mit Blumen zu handeln. Im Reichstage stimmten die kirchlichen Volksvertreter für solche Gesetze, die die Vermögen der Armen mit neuen Steuern belasten und die kirchlichen Frauen tanzen, handeln und essen — für die Armen aus Wohlthätigkeit. Besser kann unsere heutige Gesellschaft wirklich nicht illustriert werden.

Posen, 26. Mai. Gehft du zur Rechten, geh ich zur Linken. Am Sonntag, den 21. Mai, sollte von der Kaiser Wilhelmstraße aus der Bauarbeiter Fablonki herbeiführen. Die Verdingung nahm aber beinahe einen mehr humoristischen Verlauf, verursacht durch die Unmöglichkeit der Trauergemeinde einerseits und des Pfarrers andererseits. Die Gemeinde wollte nämlich die Fels- und große Radnerstraße gehen, welchen Weg sie für den einzig richtigen hielt. Der Pfarrer hingegen gedachte den Zug querfeldein, an Mühl- und Schutthausen vorüber zu geleiten. Alles Reden half nichts. Als nun der Sarg herausgetragen und eine Einigung immer noch nicht erzielt war, legten die Träger den Sarg auf Straßentrottoir. Der Pfarrer vermutete den Sarg schon auf dem Leichenwagen und setzte, einen heiligen Gesang anstimmend, den Zug in Bewegung. Es folgte ihm aber nur der leere Leichenwagen, und der Trauergemeinde überkam ob des Karnevaleszuges mehr ein Lachen als ein Weinen.

Was aber nun machen? Der Pfarrer fragt vor dem letzten Leichenwagen die StraÙe entlang, der Sarg steht im Jnhalt auf dem Bürgersteig. Kurz entschlossen nahmen 4 Kollegen des Verstorbenen den Sarg auf ihre Schultern und zogen die von der Trauergemeinde beliebten StraÙen entlang. Der Pfarrer war inzwischen auf freiem Felde angelangt, und hier verhandelte ihn der Richter des Leichenwagens davon, daß er die letzten Sarg habe; das Singen sei also überflüssig. Schnell entschlossen lenkte der Pfarrer den Leichenwagen zurück, derselbe holt im Trabe den Leichenzug ein, aber die Trauergemeinde lehnt die Verdingung des Wagens ab. Der Sarg wird auf den Schultern weiter getragen. Am Kirchhof angelangt erwartet der Pfaffe unter der Obhut eines Schutzmanns den Leichenzug. Nach einigen Auseinandersetzungen begibt er sich an die Spitze des Zuges und waltet seines Amtes. Der ganze Vorfall hat in Posen viele Entrüstung herbeigeführt.

Aus Oberschlesien.

Zwei Niederlagen der Schwarzen.

Über die ober-schlesischen Zentrumsblätter liest, dem wird die Meinung aufgedrängt, daß in Oberschlesien nur Zentrum triumphiert, und daß alle anderen Parteien, besonders die Sozialdemokraten, schon lange weggefallen sind. Wie wenig das Volk aber auf diesen Zentrumsblättern reagiert, geht daraus hervor, daß das Zentrum am letzten Dienstag bei den Vertreterwahlen zu den Distriktsparlamenten in Deutsch-O. und Königs-hütte trotz aller Anstrengung unterlegen ist.

In Beuthen O.S. war die Niederlage ziemlich sicher, denn die Zentrumsvereinschaft in der Distriktsklasse B, über die wir berichtet haben, hatte zumiel Staub aufgewirbelt. In den letzten Tagen wurde dann noch das fest ungläubliche Gerücht verbreitet, daß der Kandidat Geißa, der schon über 2000 Mark Pension von der Stadtkasse bezieht, nun auch noch mit etwa 2500 Mark von der Provinzkasse durch den Vorstand pensioniert werden soll. Das Allerwelts aber war die Wahl des neuen Kandidaten, eines pensionierten Lehrers, der gleichfalls mit etwa 2000 Mark pensionsfähigen Anfangsgehalt, hohen Mandatsgehältern u. vom Vorstand angestellt, ohne daß die Generalversammlung darüber befragt wurde. Gegen diese Vorkommnisse hat weder der Ra-

strat noch der Regierungspräsident etwas eingewandt. Dem Zentrum, dem viel daran lag, diese fetten Früchte für seine Parteigänger zu erhalten, war bei der Wahl jedes Mittel recht, und gegen die Sozialdemokratie nicht schmeichelhaft genug. Über die Liste des Gewerkschaftskartells stieg mit 269 Stimmen gegen 182 Stimmen, die auf die Kandidaten des Zentrums fielen. Dieses Resultat wirkte recht ermutigend, und Herr Proba sieht den Rest seiner Tage im Vorstand schon voraus.

Noch toder war der Kampf in Königs-hütte. Der bekannte „Kurier“ tobte seit einigen Tagen, obgleich er an dem Zentrumssteg kaum zweifeln konnte, da hoch bei der letzten Wahl die Liste der Schwarzen noch mit mehr als 100 Stimmen gestieg hatte. Nun erhielt die Liste des Gewerkschaftskartells 359 Stimmen, die des Zentrums aber nur 331 Stimmen.

Der „Kurier“ überflügelt sich nun, und denunziert die Geschäftsleitung des „Lageblatts“, die angeblich ihr Personal zur Wahl kommandiert haben soll. Mit schönen Denunziationen und wüsten Schimpereien bemäntelt der „Kurier“ den Verlust, der nur eine Folge des ständigen Arbeiterberats durch das Zentrum ist.

Cosel, 26. Mai. Dammbbruch. Montag Nachts 12 Uhr brach an der Petroleum-Raffinerie der Damm und das Wasser ergoß sich mit rasender Schnelligkeit über die ganze Stadt und riß alles fort, was man nicht vorher in Sicherheit gebracht hatte; der Verkehr stockte. Der Personenverkehr vom Bahnhof war abgebrochen bis Röhne herbeigeholt wurden; einige Droschken, die den Verkehr nach der Stadt noch wagten, hatten das Wasser bis in den Wagen stehen.

Ostpa, 26. Mai. Die Hochwassergefahr ist für Doppeln glücklich vorüber. Das Wasser fällt langsam weiter. Bei der Katastrophe vom 19. Juli 1903 betrug hier der höchste Stand 5,50 Meter, am Dienstag beim Passieren der Hochwasserwelle 5,56 Meter. Die Dämme haben gehalten, das Militär arbeitete die ganze Nacht an ihrem Schutz. Unterhalb der Obervorstadt waren die am meisten gefährdeten Häuser bereits geräumt worden. — Das Hochwasser hat hier auch ein Menschenleben gefordert. Ein Schiffer von einem Dampfer der Schlesischen Dampfer-Compagnie fiel bei der Rückkehr von Land ins Wasser und wurde abgetrieben; seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Neustadt O.S., 24. Mai. Frauenversammlung. Am Sonnabend, den 27. Mai, Abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Brammnerstraße 9, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Greiffenberger-Berlin über „Der politische Kampf der Frau gegen Unterdrückung und Ausbeutung“ sprechen wird. Besäume keine Genossin, in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Beuthen O.S., 23. Mai. Eine Glendstatistik vom Schwurgericht. Die vierjährige Schwurgerichtsperiode hat neun Tage in Anspruch genommen, an denen in neun Strafsachen gegen insgesamt 24 Angeklagte, darunter zwei Frauen, verhandelt worden ist. Der Straßentraub allein hat in sechs Sitzungen den Verhandlungsstoff abgegeben, dessenwegen 12 Angeklagte verurteilt und zwei freigesprochen wurden. Ein Freispruch erfolgte ferner gegenüber den beiden wegen Meineids bzw. Kindesmordes angeklagten Frauen; bemerkenswert ist noch der Landfriedensbruchprozess, in dem acht Personen angeklagt waren. Das Gesamtergebnis der verhängten Strafen hat durch das Urteil am letzten Verhandlungstage (es ist da gegen die sechs Angeklagten auf 24 Jahre Zuchthaus bzw. Gefängnis erkannt worden) eine bedeutende Höhe erreicht, nämlich 18 Jahre Zuchthaus und 80½ Jahre Gefängnis. — Und das in einer einzigen Schwurgerichtsperiode. Will man da noch bestreiten, daß dort, wo der Altrikalistus das Heft in den Händen hat, die Zahl der Kapitalverbrechen immer schlimmer wird.

Beuthen, 26. Mai. Tödlicher Unfall. Der Maschinenarbeiter Ludwig Tschisch von hier erlitt vorgestern Abend 7 Uhr im Betriebe der Britenfabrik auf Krugschacht des Steinkohlendbergwerks „Adolf“ einen Unfall, an dessen Folgen er Abends gegen 11 Uhr im hiesigen Knappschaftslazarett gestorben ist.

Königs-hütte, 26. Mai. Verunglückt auf Bismardschacht sind die Häuer Kochanok und Schapper Gabriel. Sie wurden durch herabstürzende Kohlenmassen bedenklich verletzt.

Krapitz, 26. Mai. Dammbbruch. Zwischen Krempe und Krapitz ist in der Nacht zum Dienstag an drei Stellen der Oberdamm gebrochen, wodurch weit über 1000 Morgen der Gemarkungen Krempe und Oberwitz unter Wasser gesetzt sind. Auch die Chaussee von Krapitz nach Gogolin ist bei Dittmuth überflutet.

Subitz, 26. Mai. Liebe und Dolch. In Blachornia fließt sich ein von einem Mädchen abgewiesener Freier ein Messer in die Brust und verletzte sich schwer. Nur dem Umstande, daß das Messer an einer Rippe abglitt, hat der junge Mann sein Leben zu verdanken. Er liegt im Krankenhaus darnieder.

Heftigkeiten der städtischen Wasser-Regelungs-Kommissionen.

Greslau, den 24. Mai.	gute	niedr.	mittlere	niedr.	günstige	Gorte
	4842	4842	4842	4842	4842	4842
Belien, weißer	50 25	19 20	12 10	12 22	18 19	17 18
Belien, gelber	50	19 10	19	19 10	18	17
Boggen	16 40	15 50	16 20	14 50	14 50	14 50
Wasser	18 24	14 50	14 50	15 50	15 40	15
Wasser	17 24	16 50	16 50	16 10	16	16 50
Wasser	23	23	21	20	19	18
Wasser	19 20	18	17 50	15 50	16	16 50

Bei der 100. Spt. 2.00 — 2.00 Btl.
Langzeit der 100. Spt. 4.00 — 4.00 Btl.
Wasser 100 Spt. 2.70 — 3.10 Btl.

Wasserkraft der 100. Spt. 2.70 — 2.70 Btl.
Wasserkraft der 100. Spt. 2.70 — 2.70 Btl.
Wasserkraft der 100. Spt. 2.70 — 2.70 Btl.

Briefkasten.

N. 101. 1. Russischer Sozialdemokratischer Bezirksausschuß. Treffpunkt jeden Sonntag 9 Uhr, Rue de Bretagne 49. 2. Ist uns nicht bekannt. 3. Klein.
Wegscheider. Samba!, Borsdorferstraße 18.
Freiburg. Die Steuer kann vom Jahre abgezogen werden, wenn sie nicht länger als drei Monate fällig ist.
S. Wessels. Die Unterelternrente könnte schon längst bewilligt sein. Die Witwe soll von der Berufsvereinschaft einen Vorstoß verlangen.
M. Wessels. 1. Ja. 2. Das wissen wir ja einzelnen nicht. 3. Die Berufsvereinschaftsbeiträge sind nicht abzugsfähig. 4. Die Deklaration ist an den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission zu richten.
Wessels, Bekannter. Die Unterstützung für die Mutter, und die Beiträge für die Feuer-Vericherung dürfen nicht abgezogen werden. Gegen die Eintragung von 10 Mark bei der Berufsausübung wird sich nichts machen lassen. Bei einem Kinde ist weder im Antrag zulässig, noch ist eine Ermäßigung um eine Stufe ein. Verdient das schulpflichtige Kind weniger als die Hälfte der ordentlichen Löhne, so müssen Sie, da Sie noch ein unvollständiges Kind haben, um eine Stufe ermäßigt werden. Schreiben Sie also Einspruch.



Messow & Waldschmidt

Freitag und Sonnabend

Kolosale

Billigkeiten!

Gardinen

Unsere populäre Veranstaltung am Blumentage hatte sich eines solchen Massenbesuches zu erfreuen, dass wir verpflichtet fühlen, einige statistische Daten zu veröffentlichen.

Wir haben abgeliefert an die Breslauer Conto-Bank 51 Sammelbüchsen, haltend über

1600 Mark

des Passagetheater wurde daher über

16000 zahlenden Personen

(u. Südost nicht mitgerechn.) besucht.



500 Paar abgepasste Scheibengardinen	weiss und crème, im Werte bis 1,50, jedes Paar	80 und	65
Tüll-Stores	crème, wundervolle Zeichnungen, reg. Preis 7,—, so lange Vorrat	Stück	3,90
Einzelne Fenster	weiss und crème, im Werte bis 6 Mk., um zu räumen	jedes Fenster	2,90
Engl. Tüll-Gardinen	Stückware, weiss und crème	sonst bis 85, Meter	58
Engl. Tüll-Gardinen	abgepasst, weiss und crème	sonst bis 6,50, jedes Fenster	4,75
Tüll-Bettdecken	nur ein kleiner Posten, etwas fehlerhaft, für ein und zwei Betten, ganz gute Ware, Stück	1,90,	1,25
Gardinen-Schals und Draperien	weiss und crème, einige 100 Stück, selten billig, zum Ausschuchen	Stück	60
Vorhang-Damast u. Künstler-Leinen	130 cm breit, wundervolle neue Dessins, alle Farben	Meter 1,75, 1,35,	98
Bettkrausenspitze	extra breit, Wert 85 Pf. das Meter	38,	Sofasterne in weiss und crème zum Ausschuchen
			Stück 6

Handschuhe Strümpfe

Ein Posten Herrensocken, Damen- und Kinderstrümpfe	in diversen Qualitäten	Paar	28
Ia. Flor-Damenstrümpfe	à jour, schwarz und lederfärbig, Gemusterte Herrensocken reg. bis 1,50	Paar	60
Herrensocken, Kinderstrümpfe	div. Grössen, Damenstrümpfe bessere Ausführung	Paar	38
Prima Flor-Damenstrümpfe	in den apartesten Jacquard- und Ringel-Dessins, regulär bis 2,50	Paar	95, 75
Kinderstrümpfe	nur MaccoWare, in den Grössen 9—12, Damenstrümpfe beste Qualität	Paar	45
Kindersöckchen	hell- und dunkelgrundig mit schön gemusterten Rändern, bunten Fersen und Spitzen	Grösse 5—8 Paar 32, Grösse 1—4 Paar	24
Halbhandschuhe	in schönen Durchbruch-Dessins, weiss, bunt und schwarz	Paar	32, 22
Halbhandschuhe	lang, weiss, in Ia. Flor-Röschel (Blumenmuster)	Paar	60
Halbhandschuhe	3/4 lang, in Seide, Blumenmuster, weiss und schwarz	Paar	68

Hut-Blumen

Die Musterkollektion einer erstklassigen Hut-Blumen-Fabrik, enthaltend reiche Piquets aller verschiedenen Arten, wie Rosen, Flieder, Mohn, Kornblumen, das doppelte und dreifache wert, durchweg Piquet **42**

Halbfertige Blusen: weiss, Mull u. seidenartiger Batist, mit reich bestickten Vorderteilen **85**
 bunt, rein wollener Batist oder waschechter Zephir, schön bestickt **2,60, 1,25**

Donnerstag, den 27. Mai 1911.

19. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands.

Bochum, den 21. Mai 1911.

Die Eröffnung und Konstituierung der Generalversammlung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Mehrere tausend Männer und Frauen saßen und standen im Kleinfeld des Schützenhofs, in ihrer Mitte der Vorstand, die Delegierten und Gäste, 7 Kameraden aus Belgien, Elfers, der Vorsitzende der holländischen Bergarbeiterorganisation, Umbrecht der Generalkommission, zusammen etwa 150 Personen. Reichstagsabgeordneter Hue hielt, oft von lebhaften Zustimmungsgeschreien unterbrochen, eine packende Begrüßungsrede. Er ging aus von der historischen Bedeutung des Tagungsortes in der Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung. Der Schützenhof sah das erste geschlossene Auftrassen der Bergarbeiter in der ersten großen Bewegung von 1889, das Geburtsfest des Bundes, die glänzende Ovation, die den „meineidigen“ Schredder und Genossen dargebracht wurde, der Saal war in allen Situationen eine Zentralfeste, wenn es galt, über das Wohl und Wehe der Bergarbeiter zu verhandeln. Wie schmerzhaft waren die Erfahrungen, wie das Verlassen der Bergarbeiter durch ihre Führer zu untergraben, ist gegen den Verband verstanden. Aber er ist nicht gestorben daran, obgleich man so oft schon sein Sterbegelächern zu läuten glaubte. Man hat durch alle Schläge nur die Treuesten und Bravsten ausgesperrt, und sie haben sich gesagt: Nun erst recht!

Wie der Verband so ist auch die Konsumgenossenschaftsbewegung im Ruhrgebiet glänzend erblüht. Es breitet sich im Ruhrgebiet ein Netz von Konsumvereinen aus, darunter solche, die schon über eine Million Umsatz verzeichnen. Und neben dieser wirtschaftlichen Bewegung die politische Bewegung. Die Sozialdemokratie besitzt die Mandate drei der größten Arbeitervereine. Und sie wird alles daran setzen, trotz Hindernisse und Kuddelmuddel der Wählerwahlbehörden. Sie ging dann das Reichsvereinsgesetz, die Anknüpfungsvorlage, die Sicherheitsmänner vorlage durch, überall hat sie sich durchgesetzt. Nicht besser mit der augenblicklich zur Beratung stehenden Reichsversicherungsordnung. Die Vorgänge bei der Vermittlung der Selbstverwaltung bei den Krankenversicherungen und Landarbeiterlassen lassen erkennen, was man in Bezug auf die Anknüpfungsvorlage plant. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem begeisterten Kampfruf: — Treue um Treue, Vertrauen um Vertrauen, das müßte die Parole zwischen Mitgliedern und Führern sein. Unter dieser Parole haben die alten und jungen Kämpfer des Verbandes den Verband emporgehoben aus der Zerbarie und Kleinheit zu einer solchen Bedeutung, daß Freund und Feind in diesen Tagen auf sein Parlament in Bochum blickt.

„Gut auf! Kameraden, durch Nacht zum Licht; Uns sollen die Feinde nicht kümmern. Wir haben so manche verzweifelte Schicht, Und haben die Sonne doch schimmern. Nur einig, einig müssen wir sein, So fest und geschlossen wie Erz und Gestein.“

Dann begrüßte Arbeitersekretär Thörsen aus Bochum im Namen des Bochumer Gewerkschaftsrates die Delegierten. Der Vorsitzende der Sachse teilte mit, daß unter Berufung auf die famosen Sprachenparagrafen des Reichsvereinsgesetzes die Vorrede des Meden in einer fremden Sprache nicht gestattet. Wie immer wurde der Behörde ein glänzendes Schnüppchen geschlagen. Der bekannte Genosse Henri de Man ergriff im Namen seiner sechs Freunde in deutscher Sprache das Wort. Die belgischen Genossen befinden sich in Deutschland auf einer Exkursionsreise, um das Weisen und die Einrichtungen der Zentralgewerkschaften zu studieren. Die belgischen Organisationen, die hauptsächlich auf lokaler Grundlage aufbauen, machen nicht mehr die Fortschritte, die der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. In Belgien ist keine Stabilität in den Organisationen. Die Kampfmittel schwellen sie mächtig an, nach erledigten Kämpfen schrumpfen sie zusammen. Deshalb macht sich immer stärker die Bewegung zur Zentralisation bemerkbar, damit die Arbeiter nicht mehr ihre Kräfte aufstellen in Wüsten, sondern in Panzerbüchse, stabiler Organisationsarbeit das Errungene halten können. — Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Französisch zu reden ist meinen Freunden verboten, deshalb wollen sie französisch singen. Und unter dem Brau-

senden Beifall der ganzen Versammlung brachten die Sieben in französischer Sprache die Internationale zum Vortrag. — Ebenso großen Beifall löste es aus, als der Vorsitzende der holländischen Bergarbeiter seine Rede in streng westfälisch-holländischer Plauderhaftigkeit hielt. Nachdem noch Umbrecht der Vertreter der Generalkommission, gesprochen, konstituierte sich die Generalversammlung. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden Sachse und Schröder gewählt, zu Schriftführern Gärtnert, Hannover, Henker, Bezirk Dresden, Fischer, Bezirk Essen, Franz, Bezirk Waldenburg. Die vom Vorstände vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Danach wurden die Verhandlungen auf Montag Morgen 9 Uhr vertagt.

Arbeiterbewegung.

Der Streik im Berliner Bäckergewerbe ist unermesslich. Eine Vertrauensmännerversammlung der Bäcker erklärte, daß nach Ablehnung des Schiedspruchs durch die Innungen nur auch die Gehilfen sich nicht mehr an den Schiedspruch gebunden erachteten, doch sollten die von den Gehilfen aufgestellten Forderungen nicht zu weit über den Schiedspruch hinausgehen. Nur in der Frage des Ruhetages sind denn auch die Forderungen etwas weitergefasst als der Schiedspruch besagt. Da eine größere Anzahl Meister sich gegen die von den Innungen beschlossene Ablehnung des Schiedspruchs erklärt haben, soll diesen Meistern die Möglichkeit gegeben werden, durch den Abschluß von Einzelverträgen Frieden mit der Gehilfenorganisation machen zu können.

Wittmoos sind den Meistern in Berlin und den Vororten die Forderungen zugestellt worden. Antwort wird zum Freitag erbeten. In diesem Tage wird dann Nachmittags eine Versammlung der Bäcker, Abends eine Versammlung der Konditoren beraten und aller Wahrscheinlichkeit nach den Streik beendigen. Bei rund 3000 Bäckern sind die Forderungen eingereicht worden.

Da mit Sicherheit auf einen Kampf zu rechnen ist, so rüsten die Bäcker schon rechtzeitig dazu. Sie beschließen, daß die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Gehilfen bei einem Verdienst von 30 Mark pro Woche 4 Mark zur Unterstützung der Streikenden zu zahlen haben. Die bis zu 35 Mk. Wochenverdienst haben, zahlen 4,50 Mk. und die über 35 Mk. verdienen, zahlen 5 Mk. Die an der Bewegung Nichtbeteiligten zahlen während der Zeit des Kampfes doppelte Beiträge.

Dienstag nächster Woche wird in 33 Versammlungen in Berlin und Umgegend die Vorbereitung zu dem Kampfe im Bäckergewerbe Stellung nehmen und jedenfalls beschließen, den kämpfenden weitgehend Hilfe zu leisten.

Bei diesem Kampfe wird die Arbeitswilligen zur Führung nach Berlin eine besondere Rolle spielen. Die Bäckereimeister-Innungen, von denen in jedem kleinen Orte Deutschlands eine besteht, machen sich in diesem Falle die Versorgung ihrer bedrängten Kollegen mit Arbeitswilligen zur besonderen Pflicht. Gehilfen werden in den kleineren Orten aus ihrem festen Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, um unter verlockenden Angeboten nach Berlin als Hausarbeiter abgeführt werden zu können. Im Interesse der guten Sache der kämpfenden Berliner Bäcker ist auf die in nächster Zeit aus anderen Städten abreisenden Bäcker ein besonderes Augenmerk zu richten.

Der Schiedspruch für das Hamburger Holzgewerbe liegt nun vor. Er entspricht ganz dem, was die Arbeiter befürchteten haben. Juristisch denkbar und unfair kommt er den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht im geringsten entgegen, sondern trägt nur den Wünschen der Unternehmer Rechnung. Während bisher das Obligatorium für den Arbeitsnachweis bestand, ist es jetzt durch den Schiedspruch praktisch vollständig beseitigt. Die Holzarbeiter werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedspruch Stellung nehmen; das Resultat der Abstimmung ist kaum zweifelhaft. An die Holzarbeiter ergeht daher nach wie vor die dringende Bitte, den Zug nach Hamburg fernzuhalten.

Parteiangelegenheiten.

Aus der Partei ausgeschlossen wurde in Baihingen (Württemberg) der Schreinermeister Karl Metzger. Metzger ließ sich im Dezember 1910 von dem Sozialdemokratischen Verein als Kandidat zur Bürgerauswahl aufstellen und wählen; im April 1911 aber wechselte er seine politische Überzeugung, wie man das Gernd wechselt, und trat den ärgsten Feinden der Sozialdemokratie, dem Bürgerbund, bei.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Mai.

Geschichtständer.

26. Mai.

- 1789 Der Dichter und Maler August Kopisch in Breslau.
- 1904 Der Erfinder Friedrich Siemens f.
- 1910 Der Gelehrte Robert Koch f.

27. Mai.

- 1564 Der Reformator Calvin in Genf f.
- 1882 Das Hambacher Fest auf der Magburg bei Neustadt a. b. Haardt.

Zum Bäckerstreik.

Die Polizei ist noch immer hinter den Bewilligungsplätzen her, obwohl eine Kammergerichts-Entscheidung klar und deutlich sagt, daß diese Plakate ohne weiteres in den Häfen und Schaufenstern ausgehängt werden dürfen. Der Eifer der Polizei wäre einer besseren Sache würdig. Wir denken zum Beispiel an die armen Bäckerlehrlinge. So wird uns über die Bäckerei von Mich, Paulstraße, berichtet, daß die dort beschäftigten fünf Lehrlinge (ohne Gesellen) zu allen möglichen Arbeiten angehalten werden. Die Arbeitszeit werde sehr oft überschritten.

Wegen der Plakate wurde Genosse Winger beim Polizeipräsidenten vorstellig; er ließ sich aber nicht sprechen, sondern berief Winger an den Kommissar Ulrich. Der Herr Kommissar schob die Schuld auf den Staatsanwalt.

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die Plakate bedeutet eine Unterjüngung der Bäckereimeister; helfen kann sie freilich nicht, wenn die Arbeiterfrauen streng darauf halten, daß die tariffeindlichen Bäckereimeister ihre Samen und ihr Brot nicht los werden.

Der Arbeiterkampf erwacht nun erst recht die Pflicht, den um mehr Licht und Sonnenschein kämpfenden Backwarenkräften in ihrem schweren Kampfe treu zu helfen. Es muß Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters, jeder Arbeiterfrau sein, nur dort Waren zu kaufen, wo die bescheidenen Forderungen der Bäckergesellen bewilligt sind.

Arbeiter, achtet auch darauf, daß in den Fabrikantentinnen und Gastwirtschaften nur Ware aus tariftreuen Betrieben verkauft wird. Arbeiterfrauen, kauft nicht in den Bädeläden, wo boykottierte Backwaren geführt werden und kein Plakat aushängt.

Am Simeffahrtstage tagte im „Goldenen Schwan“ eine Mitgliederversammlung des Bäder-Verbandes, die sich mit dem Stand des Kampfes beschäftigte. Nach dem Bericht des Genossen Winger ist die Lage folgende: 377 Streikende waren eingetragen. Hiervon arbeiten 70 in tariftreuen Betrieben 81 wurden in auswärtige Bäckereien vermittelt, 67 sind abgereist. Es sind noch 151 Streikende vorhanden; von den Kollegen, die sich als Streikende eintragen ließen, wurden acht zu Streikbrechern. Dann sprach der Verbandsvorsitzende Kollege Allmann über den Kampf. Er kennzeichnete das rückwärtige Verhalten der Bäckereimeister, denen nur im harten Kampfe etwas abzurufen ist. Viele dieser Herren sehen lieber ihr ganzes Geschäft auf Spiel. Statt die geringen Forderungen der Gesellen anzuerkennen. Bereits 41 Bäckereien haben den Tarif anerkannt, was ein großer Erfolg ist. Wenn der Boykott so weiter wirke wie bisher, dann dürften noch viele Bäckereimeister den Tarif anerkennen. Diese Erfolge wären aber nicht zu verzeichnen, wenn uns nicht die Arbeiterbewegung und die Volkswacht so treu zur Seite gestanden hätten. Den Bäckergesellen erwächst deshalb die dringende Pflicht, sich noch mehr als bisher in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. Nachdem noch die Streikenden zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt worden waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen. Vor der Versammlung wurden aus 152 Streikende 1263 Mark Streikunterstützung ausgeschüttet.

Breslauer Sommertheater.

Zum 1. Male „Der gelbe Prinz“, Operette in 3 Akten von J. Siener und S. Ohnesorg, Musik von Karl Ohnesorg

Man wird es einem vielbeschäftigten und routinierten Opernkapellmeister nicht gar so hoch anrechnen dürfen, wenn ihm beim Komponieren vielfach Einfälle berühmter Kollegen durch den Kopf gehen. Es ist immerhin in der Musik zu der an Simeffahrtstage in Szene gegangenen Novität soviel Eigenes vorhanden, daß man seine Freunde daran haben kann. Ohnesorg versteht es meisterhaft, mit dem modernen Orchester umzugehen und wenn ihm auch die kleine Bewegung des Lieblichen Establishments nicht immer willig entgegenkam, so blieb doch so mancher Instrumentalischer nicht unbemerkt. Von den zahlreich eingestreuten musikalischen Nummern schlug im ersten Akt ein originelles Regenduet und im dritten Aufzuge ein reizender Liebeswalzer besonders ein.

Das Libretto ist zwar nicht ganz frei von verschiedenen Unwahrscheinlichkeiten, steht aber himmelhoch über dem neuerdings grassierenden Exzerptenblödsinn, der leider durch die Sachwalder des Publikums gleichsam amtlich beglaubigt wird. Die Reimkunft in den Gesangstücken hätte auf ein höheres Niveau gehoben werden können. Die Aufführung war bis auf einige Dialogschwankungen recht flott und wesentlich musikalisch sehr sorgsam vorbereitet. Die Herren Fischer und Lüdemann, sowie die Damen Kramer und Siebreich befestigten in ihren ziemlich stielmütterlich bedachten Rollen ihren guten Ruf, Herr Langendorf zeigte sich ebenfalls von neuem als ein wirksam gestaltender und trefflicherer Komiker und Martha Volldt lieferte als Putzfrau eine sehr drockige Charge. Herr Martich hatte in der Titelrolle endlich eine Partie, in der er die übliche Schablone verlassen konnte und erweist sich als ein Künstler von tadelloser und amüsanter Komik. Die beiden Hauptrollen befanden sich bei Phylla Wolff und Paul Heidemann in den besten Händen. Nach ersterer durch ihre prachtvolle Toilette und ihre großzügigen Bewegungen, so entfaltete der letztere durch seine Schmeicheleien eine unbändige Heiterkeit. Seine Metamorphose als Schmeicheleier gab dem dritten Akt, der auch sonst einige hübsche Einfälle enthält, eine von der Gespölsigkeit abweichende gute Steigerung. Das gut besuchte Haus ließ es an herzlichem Beifall nicht fehlen. Liebhaber harmloser Unterhaltung werden bei dem Werke des Ohnesorg'schen Ehepaares auf ihre Rechnung kommen.

Aus aller Welt.

Ein interessanter Prozeß gegen den König von Preußen. Eine Klage, bei der es sich um die schon viele Jahre eintzig unstrittene Erbschaft des Grafen Ernst v. Münnich, von mehr als 40 Millionen Rubel handelt, wird demnächst die preussischen Gerichte beschäftigen. Drei direkte Nachkommen des russischen Generalfeldmarschalls Münnich beabsichtigen ihren Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Gronemann, wegen der Erbschaft gegen den König von Preußen mit der Klage einzureichen. Die Geschichte der Erbschaft ist folgende:

Friedrich der Große hatte im Jahre 1741 für das Handelskommen eines vortrefflichen Bündnisses mit Rußland, das der Feldmarschall Münnich, obwohl er dazu unfaßbar war, nicht verhindert hatte, diesem das Amt Bügen, das früher dem Lord Byron gehört hatte, als Geschenk angeboten. Münnich bewilligte die Annahme des Geschenkes. Darauf hat der König die Großfürstin Leopoldowna bei ihrem Regierungsantritt über das Amt Bügen zu verfügen und es dem Sohne Münnichs zu verlehnen. Mit diesem Vorschlage war die Großfürstin einverstanden und auf diese Weise erhielt der Sohn des Feldmarschalls Münnich, Ernst v. Münnich, von dem preussischen König die Scheinurkunde. Als dann Elisabeth Petrowna den Thron bestieg, fielen die Münnichs wie viele andere in Ungnade und wurden nach Sibirien verbannt. Ernst v. Münnich, lehrte erst nach zwanzigjähriger Verbannung nach Petersburg zurück und wurde wieder in hohe Ämter eingesetzt. Im Jahre 1765 war dann der König von Preußen Schiedsrichter zwischen Byron und Münnich. Beide hatten auf das Gut Martenberg Anspruch erhoben, das zwar vom König Byron verliehen, nach dessen Verbannung aber auf Münnich übergegangen war. Der König von Preußen sprach damals als Schiedsrichter Münnich zu 250.000 Alberstaler für das Gut Martenberg, 50.000 Alberstaler für ein anderes Gut und 12.000 Alberstaler als Entschädigung aus den Gütern. Das Geld befindet sich nach der Angabe der Münnichschen Erben in den Händen der preussischen Regierung und stellt heute einen Wert von mehr als 40 Millionen Rubel dar. Da Ernst von Münnich weder das Amt Bügen noch das Barvermögen in seinen Besitz bringen konnte, so wurde das große Erbschaftsgut ohne weiteres fallen lassen. So wurden schon im Jahre 1803 mit der preussischen Regierung Verhandlungen angeknüpft. Der damalige russische Gesandte in Berlin, Kropus, fragte auf den persönlichen Wunsch des Kaisers bei der preussischen Re-

gierung an. Der damalige preussische Minister Gungwilt gab die Erklärung ab, daß die preussische Regierung die Ansprüche der Münnichschen Erben auf das Amt Bügen nicht anerkenne, denn Ernst v. Münnich sei niemals in den Besitz von Bügen eingesetzt worden, vielmehr sei das Gut von der Krone in Besitz genommen worden. Nachdem die Angelegenheit damit viele Jahre gerührt hatte, wurden erst Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wieder neue Schritte unternommen. Aber auch damals kam die Sache nicht vorwärts, und erst jetzt wieder wird von den Münnichs die Sache lebhafter betrieben. Die Behauptung der preussischen Regierung, Ernst v. Münnich habe die Ständerechte verloren, soll hinfällig sein. Ebenfalls soll es nicht richtig sein, daß Ernst v. Münnich nicht in den Besitz des ihm verlehnten Eigentums eingeführt worden ist. Wichtig soll vielmehr nur sein, daß der Feldmarschall Münnich die Ständerechte verloren hat. Dagegen soll er tatsächlich in den Besitz von Bügen eingeführt worden sein. Ueber die Uebertragung der Scheinurkunde des Königs und von 2000 Talern als halbjährige Entschädigung von Bügen durch den preussischen Gesandten Baron Warberfeldt sollen Urkunden vorhanden sein. Die beiden Nachkommen sind bemüht, alles Material zusammenzutragen, um die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche darzutun. Es soll bereits eine Anzahl von Dokumenten herbeigeschafft worden sein, die für den interessanten Streifall von großer Bedeutung sind. — In dem Prozeß, der gegen den König von Preußen angestrengt werden wird, muß zunächst die Abkündigung der Klage vom Grafen Ernst von Münnich nachgewiesen werden. Ist dieser Beweis geführt, dann bedarf es der Prüfung, ob tatsächlich dem Grafen Ernst von Münnich ein Anspruch gegen den König von Preußen zugesprochen hat. Die Prüfung dieser Frage würde sich erübrigen, falls von Seiten der Krone der Einwand der Verjährung erhoben werden sollte. Da es jedoch ausgeschlossen erscheint, daß der König für den Fall, daß es sich herausstellt, daß die Ansprüche der Münnichschen Nachkommen zu Recht bestehen, den Einwand der Verjährung erheben wird, so dürfte vielleicht die Angelegenheit mit einem Vergleich enden.

Ein Fesselballon abgerissen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden aus Ingolstadt: Ein mit einem Offizier bemannter Fesselballon ist infolge heftigen Windes los. Da es ihm nicht gelang, die Kette anzuheben, rettete der Offizier im Taumel in die Höhe, um den Ballon aufzufischen. Aber auch dies mißglückte und der Ballon wurde in 5000 Meter Höhe getrieben. Schließlich kam der Ballon bei Freising; der Offizier sprang auf einen Baum und blieb unverletzt. Der Ballon aber entzündete in den Lüften.

Kampf um die Sonntagsruhe.

Die kleine Verlage des Magistrats, nach welcher die geschäftsfreien Stunden für Kohlenhändler und Blumenverkäufer etwas verschoben werden sollen, hat den Anstoß zum Wiederaufleben des Kampfes um die Sonntagsruhe überhaupt gegeben, an dem sich das ganze Handels-gewerbe beteiligte. Ein Tugend Prinzivalvereine fandte den Stadtverordneten eine Warnung davor zu, die Verkaufszeit der Lebensmittel „noch weiter“ zu verkürzen und unter dem Eindruck dieser Warnung haben die Ausschüsse I und II der Stadtverordneten-Versammlung am letzten Montag beschlossen, alle Wünsche der Gehilfen zurückzuweisen, nur die sozialdemokratischen Vertreter stimmten für die Erweiterung der Sonntagsruhe. Dieses Ergebnis hat nun die Angestellten auf den Plan gebracht. Handelnde die sozialdemokratischen Stadtverordneten im Auftrage der freien gewerkschaftlichen Verbände, die mit entsprechenden Anträgen an die städtischen Körperschaften herangereitet waren, so folgten jetzt auch die christlichen Organisationen nach. So melden die hiesigen Blätter:

Der vor einigen Tagen im St. Jacobihaus auf Antrag des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ver-sammelte Ausschuss für Arbeitervertreter wahl- und soziale Angelegenheiten, dem der Kellerevangel. Männer- und Jünglingsverein (St. Elisabeth), das Christliche Gewerkschaftsblatt, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Evangelische Arbeiterverein, die Evangel. Männer- und Jünglingsvereine: St. Elias, Oberst, Paulus, St. Salvator und Joar, der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands, die Katholischen Arbeitervereine: St. Elisabeth, St. Georg, St. Martin, St. Maria, St. Marien, St. Mauritius, St. Nikolaus und Oberst, der Katholische Männerverein, der Katholische Fleischerverein und der Katholische Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen mit zusammen über 10.000 Mitgliedern angehören, nahm nach einem Vortrag über Sonntagsruhe im Hand-eldgewerbe und eingehender Aussprache darüber einstimmig eine Entschiedenheit an, in der an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Breslau die bringende Bitte gerichtet wird:

Die Sonntagsarbeit im Großhandel und den Banngeschäften ganz zu untersagen und die Verkaufs- und Arbeitszeit im Kleinhandel auf die Zeit von 8 bis 9 Uhr Vormittags zu beschränken, jedoch mit der Einschränkung, daß auch für den Kleinhandel vom 1. Mai 1912 ab die völlige Sonntagsruhe eingeführt wird.

Zählen wir recht, so sind das rund und neigt sich christliche Vereine von Arbeitnehmern, die sich an die Stadtverordneten mit der Bitte um Ausdehnung der Sonntagsruhe wenden. Es wird ein hochinteressantes Ereignis sein, wenn auch diesmal wieder die christlichen Stadtverordneten beider Konfessionen über die Wünsche ihrer christlichen Arbeiterwähler zur Tagesordnung übergehen.

Am Sonnabend Abend soll übrigens noch eine Handlungsgehilfenversammlung, die von deutsch-nationaler Seite einberufen ist, zur Frage der Sonntagsruhe Stellung nehmen. Die Stadtverordnetenversammlung dürfte sich am kommenden Donnerstag mit der Frage beschäftigen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Am Himmelfahrtstage, Nachmittags 3 Uhr, hielt der sozialdemokratische Verein Breslau (Land)-Neumarkt im Gewerkschaftshaus eine General-Versammlung ab, die gut besucht war; von 140 eingeladenen Delegierten fehlten etwa 30. Zuerst berichteten die Delegierten Grawig und Meyer über die Verhandlungen des schlesischen Parteitag; ihre Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Genosse Krenkitz hielt dann einen Vortrag, in dem er rechtliche Winke über die Agitation und Organisation gab. Er behandelte hauptsächlich die

Flugblattverbreitung, das Platzwischen, das Versammlungsrecht und die Zustärken. An den Voran, der beifällige Aufnahme fand, schloß sich eine sehr lebhaft und fruchtbare Auseinandersetzung, die vollauf bestätigte, daß die Gegner auf dem Lande nichts unversucht lassen, um das Wirbungen der Sozialdemokratie zu erschweren. Gerade deshalb ist es aber notwendig, daß sich besonders die Vertrauensleute der Partei die nötige Aufklärung in allen rechtlichen Fragen verschaffen, die für die Agitation und Organisation von Bedeutung sind. Die Versammlung beschloß, den Hauptinhalt des Vortrages drucken und im Landkreise verbreiten zu lassen.

Genosse Th. Wolf äußerte sich kurz über die Stat-abstimmung im Breslauer Stadtparlament und erklärte, daß er mit der diesmaligen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion nicht einverstanden sei.

Der Vorsitzende Gen. Scholich wies dann auf den Vortragsklubus des Genossen Dr. Duncker hin und er-juchte um zahlreiche Beteiligung.

Nach einem Beschlusse des Vorstandes sind für die Ge-nossen des Landkreises im mittelschlesischen Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 5, II., besondere Sprechstunden eingerichtet worden; sie werden Montag und Freitag Abend von 6 bis 7 1/2 Uhr abgehalten.

Der Vorsitzende erwähnte die Delegierten zum Schluß, auch fernerhin alles zu tun, was uns im Land-kreise vorwärts bringen kann. Der Verein, der jetzt fast 3000 Mitglieder zähle, habe in den letzten Jahren sehr gute Fortschritte gemacht. Aber es muß noch besser werden, weshalb die Agitationsarbeit und die Opferwilligkeit nie erlahmen darf. Mit einem Hoch auf die Sozialdemo-kratie und das weitere Gelingen der Landkreisorganisation erreichte die Versammlung um 6 3/4 Uhr ihr Ende.

Das Hochwasser der Oder, das am Himmelfahrtstage von tausenden der Spaziergänger besichtigt wurde, hat wie immer die Niederungen der Ohle und des Schwarzwassers überschwemmt und eine Anzahl Dörfer vom Verkehr abgeschnitten da die Straßen überschwemmt sind. Zu diesen Dörfern gehören Piro-dam, Neuhaus, Jedlig, Mithojnah, Treicher, Pilschowitz und Däwig. Auch in Schwowitz reicht das Wasser an einzelnen Stellen bis fast an die Dorfstraße. Die Weide führt nicht viel Hochwasser, weil das der Sperdamm verhindert. Westlich von Schwowitz erstreckt sich in der Schwarzwasserniederung auf die Stadt Breslau zu ein gewaltiger See von 1000 Metern im Ge-wiert; an den Seiten fließt das Hochwasser rasend und über den Pappelbaum an der Schwowitzcher Gasse in Wehrströmen hinab. In der Mitte ist das Wasser ruhiger; dort hatten sich am Sonnabend, wie die „Schlesische Zeitung“ berichtet, auf einige Inseln Heide und Heide gesüchtet, bis sie das steigende Wasser zur Flucht trieb. Die Heide retteten sich, von den Däsen verschwand aber mancher in der Flut. Der Leerbeuteler See nebst den Anlagen des Freibades sind vom Hochwasser überschwemmt, das zwischen dem niedrigen Wilhelmstruh und dem durch den hohen Reich geschützten Leer-beutel und Scheitnig in verhältnismäßig sehr engem Zeit nach Weiden und Nordwesten der Oder fließt. Die Einräumung ist hier besonders wild und sträubig. Diesen unteren gefährlichen Teil der Schwarzwasserniederung will der Magistrat nach seiner Vorlage verlegen, indem er das Schwarzwasser nördlich von Wilhelmstruh in die alte Oder führt. Auf diese Weise werden die gefähr-lichen engen Bindungen vor der Mündung des Schwarzwassers beseitigt, und die Hochwässer werden auf bequemeren Wege und rascher zur alten Oder gebracht.

Die Ferien des Stadtausschusses dauern vom 21. Juni bis 1. September. Vor und während der Ferien werden mündliche Verhandlungen nicht abgehalten. In der Zeit während der Ferien wird der Vorsitzende des Stadtausschusses, Stadtrat Friedrich, durch Stadtrat Wagner vertreten werden.

Christlicher Gelotismus. Der bekannte Hosieler Ernst Haedel in Jena ist kürzlich von einem Unfall betroffen worden, der den hochbetagten Mann längere Zeit an das Krankenlager fesseln wird. Ernst Haedel, der erst jüngst wieder seine Segen-schaft zum Sozialismus öffentlich bekundet hat, ist den Fremden im Lande längst ein Name im Auge, weil das Erbe seiner Fortschritte sich mit dem Bilde des durch den Unfall in Einklang bringen läßt. Einer dieser Fremden hat es nun fertig-gebracht, dem Professor folgenden Brief zu schreiben:

Berlin, den 22. Mai 1911.

Sehr geehrter Herr Professor!
Gottes Mühlen mahlen langsam, aber feher so heißt es in einem alten Sprichwort. Endlich, endlich hat der ewige, gerechte Gott, dessen unfaßbare Barmherzigkeit und Geduld Ihnen gegenüber geradezu andauernd ist, Ihnen ein Pfund Brot gegeben! Es ist Gottes, jedoch des lebendigen Gottes Hand ge-wesen, die Sie jetzt noch in so hohem Alter gezeichnet hat! Mit unerschöpflicher Gnade und Barmherzigkeit haben wir positiven Christen davon ge-ahnt, daß Sie nun hoffentlich zu dem Sieg der Gerechtigkeit über das Böse berufen sind. Mögen Sie auf Ihren Schwanz zu dem Bewußtsein kommen, daß Gott sich nicht irren läßt, und mögen Sie vielleicht doch noch der Erlösung teilhaftig werden, daß es besser ist, ein Gottes-bekannter als ein Gottverleugner und Abtrünniger der Erde, zu werden. Kurz nachdem Sie aus der Kirche ausgetreten sind, hat Sie der lebendige Gott von Ihrer Heberhebung herabgegrüßt! Vielleicht hilft Ihnen nun der Gott der Affen! Sie sehen schon allerdinge einem Affen ähnlich als einem Menschen.
Mit dem Wunsche, daß Ihnen der lebendige Gott noch viele Zeichen seiner Macht in Gestalt von Schmerzen und Siegen senden möge, daß Sie sich kränken unter Schmerzen, daß Sie nie wieder ganz geheilt werden mögen.
Im Wunsche wieder positiver Christen, die sich über die gerechte Strafe Gottes freuen.
Prof. D. A. B.

Religiös hat der Briefschreiber seinen weltlichen Namen nicht unter seinen Namen gesetzt. Aber es ist immerhin bezeichnend, wenn ein Mann, der sich als Sozialist bezeichnet, sich so über den Gott der Affen äußert. Das ist ein Zeichen dafür, daß die religiösen Epochen bald ein Ende nehmen werden, und die Menschen sich von den Fesseln der Religion befreien werden.

Der Glöckner von Trobes eingekerkert. Am Mit-woch früh um 4 Uhr stürzte der Glockenturm der 760 Jahre alten Johannisstraße von Trobes ein. Zwei kleine Nachbar-häuser wurden zerstört, die zum Glück nur wenigen Leben un-befahren waren, weil der Glöckner bereits verdächtige Anzeichen wahrgenommen und die Bewohner gewarnt hatte. Balkenstücke und Schuttberge bedeckten die Umgebung. Auf ein Vorderhaus war das wüßige Turmbach gefallen. Das wucht unter dem Turm verankerte Kirchenschiff zeigte arge Verwüstungen.

Messerschneidungen nach einer Landwehrübung. Von einer 11-jährigen Landwehrübung in Trobes zurückgekehrt, sind mehr als 10 Mann aus der Gegend von Andlau an Vergiftungs-erkrankungen erkrankt. Ein 22 Jahre alter Landwehrsoldat starb unter heftigen Schmerzen. Die übrigen liegen noch krank darnieder. Die Vergiftung scheint von der Übungszeit herzu-rühren. Die Ursache ist bemittelt, den mysteriösen Fall aufzu-klären.

Festungsbau. Der Regimentschef Hans v. Jochl aus Tsch., der seit in Tsch., und ein Regimentschef haben sich gegen den Bau einer Festungsbau geäußert, die sie im Sommer 1911 in der Nähe von Magdeburg verorten. Wäh-rend seiner Dienstzeit soll von Jochl drei militärische Posten beauftragt haben; er habe sich deswegen am Dienstag vor dem Regimentschef beschuldigt zu verantworten. v. Jochl war von persönlichen Entgegnungen entzweit; berechtigt wurde er den letzten Festungsbau. Er erklärte, daß was auf der Festung viel geschrien und gut gegangen habe, auch die Ordnungs-ten und Posten habe man nicht etwa hat leben lassen. Es habe ein sehr feiner Ton geherrscht, aber niemand habe dem anderen etwas übel genommen, vielmehr habe man sehr gemü-tlich und sich bemüht, die freigen Entscheidungen zu un-nehmen. v. Jochl sei sehr nervös gewesen; das war ihm aber nicht schmeichelhaft, bei ihm und Weibern nach Tsch. ein-zuführen, wenn er Stadtkommandant wäre.
Am 15. Juli 1910 machte von Jochl in seiner Festungs-bau nach im Tsch. ein Bild, obwohl nach Bericht um 11 Uhr morgens alles dunkel sein soll. Die um der wach-enden Posten wiederholt ermahnt, das Bild anzusehen, tief dem Jochl um zu: „Doch das waren die Lohde!“ Mit Rück-sicht auf den Wächter seines Tsch. waren der Posten die Worte

Der Breslauer Blumenstag, wie gemeldet wird, einen Bruttoüberschuß von 170.000 Mark ergeben; der Netto-gewinn soll mehr als 150.000 Mark betragen.

2. Unterbeirat des Arbeiter-Sängerbundes Breslau und Umgegend. Sonnabend, den 27. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, wird im Restaurant von Brückner (Zwei Polacken), Schmiede-brücke, Ecke Ursulinerstraße, eine Zusammenkunft der Vertreter abgehalten. Jeder Vertreter ist verpflichtet, drei Vertreter zu schicken. Tagesordnung: Unser Gartenfest und Verschickens, folgende Gesangsvereine gehören dazu: Lieberthor, Bornhörs, Putzmacher, Zimmerei, Humanität, Echo, Olaschin und Gröblich. Der Obmann.

Gemeindeverwaltung in Brietern. Sonnabend, den 27. Mai, Abends 7 1/2 Uhr wird im Schulhaus eine Sitzung abgehalten.

Verkaufszeit am Sonntag vor Pfingsten. Für den letzten Sonntag vor Pfingsten, den 28. Mai, sind als Verkaufs-zeit die Stunden von 7 bis 9 Uhr Vormittags und von 11 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends freigegeben. In der Befestigung darüber im „Breslauer Fremden- und Intelligenzblatt“ wird jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das Ende der Bedienung über 6 Uhr hinaus nicht erlaubt und das Personal vollständig um 6 Uhr zu entlassen ist. Außerdem ist der Verkauf von Bad- und Konditorwaren, von Fleisch und Wurst, der stehende und bewegliche Milchhandel und der Vertrieb der Verkaufshandlungen noch in der Zeit von 5 bis 7 Uhr Vormittags, sowie der stehende und bewegliche Milchhandel noch von 5 bis 7 Uhr Nachmittags erlaubt.

Sonnabend-Nachmittag-Geschäftsfluß. Die Bres-lauer Genossenschaftsbanken: Vorkaufverein, Volksbank, Spar- und Darlehensverein, Kreditbank und Junungsbank, machen be-kannt, daß sie vom 3. Juni 1911 an ihre Kassen nur von 9 bis 2 Uhr geöffnet haben. Das Vorgehen dieser Banken verdient Anerkennung und Nachahmung.

Der niedergebrannte Ballonschuppen. Vor dem hiesigen Landgericht klagt der Besitzer der abgebrannten Ballon-halle in Wilhelmstruh, Zimmermeister Rastke, gegen die Ost-deutsche Flugindustrie G. m. b. H. auf Ertrag des Schadens von 1.600 Mark. Der beim Brande des Hangarschuppens am 4. Januar 1911 entstandenen. Nach der Behauptung des Klägers sollte die „Ost“-Gesellschaft verpflichtet gewesen sein, die Versicherung des von ihr gemieteten Schuppens gegen Feuer-schaden zu beschließen. Die Beklagte wandte dagegen ein, daß wegen finanzieller Schwierigkeiten eine genehmigte Vereinbarung getroffen war, wonach der Termin ihrer Verpflichtung am 31. Dezember 1910 ablaufen sollte. Da eine Klärung über diesen kritischen Punkt in der Verhandlung am 24. Mai nicht zu er-reichen war, wurde im Einverständnis beider Parteien ein neuer Termin anberaumt, zu dem der frühere Geschäftsführer der „Ost“-Gesellschaft v. Schrabich, ferner die Herren Werle und Rastke als Zeugen geladen werden sollen.

Sittlichkeitsvergehen auf der Straße. Wir berichteten in der vorigen Nummer von einem katholischen Priester, der sich auf dem Augustanlag vor Schulmädchen unzüchtig benahm und dafür vom Schöffengericht in Breslau zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Am 24. Mai hatte sich das hiesige Schöffengericht mit einem gleichen Falle zu beschäftigen, allerdings ge-hörte dieses Mal der Hebel nicht dem Priesterstande, sondern dem Arbeiterstande an. Anfang 1911 beschwerte sich eine Anzahl Schülerinnen darüber, daß sie auf den Gaitböden durch das sittenlose Benehmen eines Mannes belästigt wurden. Der Mann wurde schließlich als der Trichter Gustav Krüger ermittelt und wegen Vergehen gegen § 183 des Strafgesetzbuches (Verletzung öffentlichen Anstandes) unter Anklage gestellt. Da er wegen dieses Vergehens schon bestraft ist, lautete das Urteil auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis.

Sittlichkeitsverbrechen an Schulkindern. Der 63 Jahre alte Journalist Gustav Korn hatte sich vor der ersten Straf-kammer wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten, die er an Schulkindern im Alter von 5 bis zu 14 Jahren be-gangen hat. Korn ist Amerikaner und hielt sich zurzeit der Be-gangung seiner strafbaren Handlungen nur vorübergehend in Breslau auf. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis. Die Sittlichkeitsverbrechen waren während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Das Ende der Greifin. Die Witfrau Büntig, die im 82. Lebensjahre steht, benötigte auf dem Nachhausewege von Pawelwitz nach Sacrau an der Judischen Brauerei den Bahnkörper; hier wurde sie von dem Personenzuge 125 Uhr überfahren und auf der Stelle getötet, indem ihr der Hinterkopf eingedrückt wurde. Dem Führer, welcher die alte Frau der starken Kurve wegen zu spät bemerkte, war es nun mehr möglich, den Zug rechtzeitig zum Halten zu bringen.

nicht übel, aber der Kommandant stellte Strafaufrag wegen Ver-leidigung; in Frage kamen auch noch zwei andere Fälle. Von Jochl hatte eines Tages ein Stellbillet mit einer Dame ver-abredet, aber keinen Stadtauflauf erhalten. Er fachte darauf den abtenden Reichel zu zusammen, daß man nur die Unterschrift des Kommandanten sah und zeigte sie dem Posten als Legiti-mation überzeugend wollte, wurde er v. Jochl angeschauert, wor-auf der Posten den Herrn passierten ließ. Beim 2. Posten er-laubte sich von Jochl eine Redensart, die man in Anstands-büchern vergebens sucht. — In der Verhandlung behaupteten die Zeugen, sie hätten sich durchaus nicht beleidigt gefühlt. Das Gericht erkannte denn auch auf Freisprechung.

Man vergleiche damit die Behandlung sozialdemokratischer Redakteure im Gefängnis.

Ein Soldat als Höhlenbewohner. Unter eigenartigen Umständen wurde am Mittwoch in Potsdam der seit dem 22. April fahnenflüchtige und flechtbriefflich ver-folgte Soldat Wichert von der dritten Eskadron des Regiments Gardes du Corps aufgefunden. Auf dem Truppen-übungsplatz hinter den Gardeberg-Schießständen am Brau-hausberg sah ein Mann zwei nackte Füße, die unvermittelt aus dem dort wachsenden hohen Gras hervorragten. Er rief zunächst einige Kameraden herbei und erstattete dann dem Regimentskommando Anzeige, das sofort umfangreiche Nach-forschungen auf dem Gelände anstellen ließ. Dabei stieß man plötzlich auf eine unsichtbare Öffnung zu einem Höhleneingang, der fast völlig durch Gras verdeckt war. Bald bot sich den Soldaten ein erschreckender Anblick. Lang aus-gestreckt in der feuchten Erde lag da in der Uniform des Regiments Gardes du Corps ein fast bis zum Skelett abgemagerter Soldat, der völlig erschöpft und teilnahmslos die Umflehenden anblickte. Die Augen waren tief in ihre Höhlen zurückgesunken, und dichtes, wildes Harthaar umrahmte das von der Erde schwarz ge-wordene Gesicht. Die Fingernägel waren einige Zentimeter lang. Nur mit Mühe gelang es, den fast Leblosen zum Sprechen zu bringen. Er erzählte, daß er der flechtbriefflich wegen Fahnenflucht verfolgte Soldat Wichert sei und sich seit seiner Entlassung aus der Kaserne von Gras und Rindäpfeln genährt habe. Am Tage habe er in der Höhle gelegen und sich nur Nachts zum Nahrungszweck hinausgemagt. Auf einer Leinwand wurde der Soldat dann nach dem Garnisonlager gebracht, wo er bis zur Wiederherstellung mehrere Tage bleiben muß. Als Ur-sache für seine Entlassung vom Regiment hat der Soldat angegeben, daß er sich von seinen Eltern veranlaßt sah, da er nie Geldzuschüsse und Palets von Hause erhielt. Aus diesem Grunde sei ihm das Leben zwischen seinen Kameraden als un-erträglich erschienen. Die Höhle, die er sich gegraben hatte, war 1,70 Meter lang und ein Meter breit.

Die Bäckergejellen

streifen und kämpfen um menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse; sie verdienen die Unterstützung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. **Kauft nur bojkottfreie Backwaren!**

Zur Aussperrung der Steinscher und Kammer

in Schließen wird uns geschrieben: Es ist eine geruame Zeit her, wo wir uns mit dem Arbeitgeberverbande und seinen Leuten nicht mehr beschäftigt haben, denn nach dem die jetzt vorliegenden Ergebnisse sollte dieser doch anerkennen, daß alle seine Beschlüsse von den eigenen Mitgliedern nicht beachtet worden sind.

Nach den ersten Beschlüssen, die den Mitgliedern eine sehr hohe Geldstrafe auferlegte, die es wagen würden, nur einen einzigen Pötker, Steinscher oder Kammer zu beschäftigen, ist den Herren gleich der Mut gesunken, denn nicht einer von ihnen glaubte an den Ernst der Sache, da ja niemand imstande war, die Strafe, die bei manchem 20.000 bis 40.000 Mark ausmachte, zu zahlen. Man mußte also zusehen, wie nicht nur in der Provinz, sondern auch in den ersten Schachmachertreibern in Breslau verfußt wurde, die Beschlüsse zu umgehen.

Eine Versammlung der Arbeiter am 14. Mai hat nun den Unsinns der Beschlüsse eingesehen und nahm Abstand von der Strafe in Form des „fünftägigen Betrages des Wertes der geleisteten Arbeit“ und setzte nur 30 Mark pro Woche für jeden beschäftigten Pötker, Steinscher oder Kammer fest. Daß auch diese Strafe von den Herren nicht gezahlt wird, davon sind wir überzeugt, denn man wollte mit dieser Festsetzung der Dessenlichkeit nur zeigen, daß man, wenn die Arbeitgeberverbande wachsam ist, die Arbeiter haben sich aber nicht dazu irren machen lassen, sondern werden getreu ihrem Beschlusse ausstehen, bis es den Herren beliebt, sie zur Arbeit durch Festlegung eines neuen Vertrages zu rufen. Eine große Anzahl Arbeitgeber hatte denn auch in der Provinz durch Unterchristen bestätigt, daß sie den geforderten Lohn zahlen könnten, und deshalb werden auch mehrere Kollegen zu den neuen Bedingungen beschäftigt. Von den Breslauer Herren hat sich die große Mehrzahl schon abwändig über die Aussperrung ausgesprochen; einige haben auch erklärt, daß der „Kartell in den Dreißig Jahren ist.“ Sie lauern jetzt mit Schmeichelei darauf, daß von den Aussperrten dieser Karten aus dem Zumpf herausgeholt wird. Wir wollen den Herren nur den einen Trost geben, daß sie da lange warten können, bis sich einer von uns zu einer so schmutzigen Arbeit hergibt.

Daß die Behörden, wenn es gegen die Arbeiter geht, stets auf der Seite der Arbeitgeber stehen, ist bekannt. Der Magistrat von Breslau gehört zu den Schwelgern, die lange auf eine Rückantwort in einer Beschwerde auf sich warten lassen. Oder sollte der Magistrat in der Beschwerde gegen den Straßenmeister Linde eine Antwort nicht für nötig halten?

Während des siebenwöchigen Kampfes haben die Leute von der „Freien Vereinigung“ eine traurige Rolle gespielt. Diese Gesellschaft, die sich sonst so „radikal“ gebärde — es sind wohl 13 Mann — hat bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes gearbeitet, obwohl sie vorher auch auf die Straße gesetzt worden war. Die Mitglieder von der „Freien Vereinigung“ haben sich den Meistern gegenüber durch allerlei Mittelungen aus dem Lager der Aussperrten sehr gefällig gezeigt und um Arbeit gebeten. Als sie einer der Arbeitgeber nicht annahm, sind sie zum Obermeister der Zunft gelangt und haben dort ihre Bitten um Arbeit angebracht; sie sind auch in Gnaden erhört worden. Die Aussperrten der Zentralorganisation, von denen bis jetzt noch nicht ein einziger zum Verräter geworden ist, haben diese „Selben“ jetzt durchschaut und werden über sie mit der größten Ruhe und Geschlossenheit zur Tagesordnung übergehen.

Die Arbeiter anderer Berufe mögen aus diesem Vorwurfs ersehen, als was die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ heute anzusehen und welcher Lagen sie fähig sind.

Die Staatsabstimmung im Breslauer Stadtparlament. Ueber diese Angelegenheit wird am Montag eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau verhandelt. Referent ist Genosse Löbe. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Mit dem Reher von Köln, dem freiwilligen evangelischen Pfarrer Jakob, beschäftigt sich am Mittwoch in der Breslauer Kreis synode. Der Stadtprof. Dr. Kaufmann war es, der den Fall Jakob im Bericht der Synode vermittelte und die Befolgung aus sprach, daß die Entfernung Jakobs aus dem Lehramt der Kirche die auf dem Standpunkt moderner Wissenschaft stehenden der Kirche entfremden können. Wo bleibe die evangelische Kirche, so rief Herr Kaufmann aus, wenn man Männer wie Jakob, Männer von Leistung an bis Goethe als ihr fremd bezeichne. Die strenggläubigen Herren der Synode wollten aber darüber nichts hören. Justizrat Gruner erklärte, der Punkt lehre nicht vor die Synode und er sehe dem Ausgang der Sache mit Ruhe entgegen. Damit war die Sache abgetan.

Eine Versammlung von Mitgliedern der kaiserlich-nachrichtlichen Christenklasse tagte am Mittwoch in der Union-Gemeinde. Die Verhandlungen des Krankenassen-Kongresses, der am 30. April in Berlin abgehalten wurde. In der lebhaften Diskussion wandte man sich sofort gegen die Art der Behandlung der Reichsversicherungsordnung im Reichstage. Eine Resolution, die darauf angenommen wurde, protestiert gegen die Schmälerung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen. Die Versammlung hofft, daß der Reichstag noch in der dritten Lesung die berechtigten Wünsche der Versicherten berücksichtigen wird. Es wurde dann angeregt, auch in der kaiserlich-nachrichtlichen Klasse die Familien-Unterstützung nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft einzuführen; in einigen hiesigen Klassen besteht sie schon seit Jahren. Ferner wurde gewünscht, daß die Vertreter zur Generalversammlung nicht mehr auf drei, sondern auf zwei Jahre gewählt werden. Die beiden Anregungen wird man dem Vorstande der Klasse zur Berücksichtigung unterbreiten.

Versammlung weiblicher Gewerkschaftler. Am 24. Mai tagte im „Schwan“, Kupferstraße, eine öffentliche Versammlung der im Gastwirtsberuf beschäftigten Bedienungsfrauen. Der Bezirksleiter Fiegerer schützte die Verhältnisse dieser Kategorie von Arbeiterinnen als durchaus verbesserungsbedürftig. Ihr Tageslohn beträgt nicht mehr als 1,25 bis 1,50 Mk. Dafür habe sie von Nachmittags bis in die Nacht hinein anstrengend zu arbeiten, und am anderen Tage müssen sie Aufwands- und Reinigungsarbeiten verrichten, ohne dafür einen Pfennig Lohn zu erhalten. In der Wirtschaft des Gastwirts Weiß auf der Ohlauer Chaussee seien diese Verhältnisse noch schlechter, dort würden die niedrigsten Löhne gezahlt. Der Wirt habe Abhilfe zugefagt. Die Hauptsache aber sei, daß sich die Frauen organisieren; dann können bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden. Die Mahnung hatte Erfolg. Ein Teil der Anwesenden ließ sich als Mitglieder einschreiben.

Vom Bachwasser wird gemeldet, daß der Scheitel der Hochwasserwelle am Donnerstag Vormittags Breslau passiert hat und das Wasser wieder gefallen ist. Am Unterpegel war am Himmelfahrtstag ein Wasserstand von 3,63 Metern verzeichnet; heute früh waren nur noch 3,44 Meter angegeben. Berichtswelle sei mitgeteilt, daß bei dem großen Julihochwasser 1908 der Wasserstand am Unterpegel in Breslau 3,50 Meter und in Weiden 7,77 Meter betragen hat.

Milchhäuschen-Eröffnung. Die beiden neuen Milchhäuschen, die die Gesellschaft für gemeinnützigen Milchgeschäft am Schweißniger Stadtgraben (Schweißniger Tor) und an der Universitätsbrücke (Eingang zur Salzstraße) erbaut hat, sind heute früh eröffnet worden und wurden bald von den zur Arbeitsstätte eilenden Angestellten und Arbeitern stark besucht. Die weiteren von der Gesellschaft erbauten Häuschen am Wachtplatz und am Sonnenplatz sind auch bis auf die Materialarbeiten fertig und werden voraussichtlich in der nächsten Woche eröffnet werden.

Abtug, Dachdecker! Sonnabend, den 27. Mai: Versammlung der Dachdecker von Breslau und Umgegend. Das Ertheilen aller Kollegen ist dringend erforderlich. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Parcellen! Sonnabend, den 27. Mai: Sektionsversammlung im Gewerkschaftshaus. Die Sektionsleitung.

Die Einschreibebrief-Automaten, die kürzlich bei den Postämtern 1 (Albrechtsstraße) und 5 (Museumplatz) neu aufgestellt wurden, werden rege benutzt, da das Publikum die Erfahrung gemacht hat, daß durch die Automaten die Aufstellung schneller von statten geht, als bei den Schalterstellen. Namentlich Einzel-Ausfertiger benutzen die Apparate mit Vorteil. Jetzt ist auch im Schalterraum des Postamts 2 an dem Hauptbahnhof ein Einschreibebrief-Automat aufgestellt worden.

Schauspielhaus. Die Aufführungen der Laudes-Poste „Polnische Wirtschaft“, welche täglich vor dichtem Publikum den allereinsten Beifall finden, werden heute und die folgenden Tage durch das Mar Walben-Ensemble fortgesetzt.

Konzerte der Stadttheaterkapelle. (Diebschöhe). Heute, Freitag, konzertiert die Stadttheaterkapelle unter der Leitung von Kapellmeister Julius Bräuer auf der Diebschöhe. Es findet morgen ein Wagner-Abend statt. Beginn 8 Uhr.

Bootsunfälle. Wie unglaublich leichtfertig manchmal junge Leute handeln, dafür lieferten am gestrigen Himmelfahrtstage Vorfälle in dem überschwemmten Ohregebiet bei Morgenau traurige Beispiele. Nicht weniger als vier Bootsunfälle ereigneten sich dort am Vormittag und einer am Nachmittag. Trotz der eindringlichen Warnung des Bootschleppers in Morgenau, der sich sogar eine schriftliche Verpflichtung geben ließ, daß die Bootsfahrer nicht weiter als 10 Meter im Umrufe sahren würden, wagte sich gegen 11 Uhr Vormittags eine aus drei Herren und einer Dame bestehende Gesellschaft mit einem Boot hinaus bis in die reißende Ohreströmung. Das Boot wurde von den Fluten erfaßt und gegen einen Strauch geschleudert; es kenterte und alle vier Personen stürzten in die tosenden Wellen. Ein junger Mann, der mit seinem Eisfischer nicht zu weit von der Unfallstelle entfernt war, wagte sich heran, um den Vermissten Hilfe zu bringen. Doch auch sein Fahrzeug wurde von der Strömung ergriffen und schlug um. Inzwischen hatte der Gondelverleiher mit einigen handfesten Männern einen größeren Kahn bestiegen und alle den fünf mit den Fluten kämpfenden Personen zu Hilfe. Mit großer Mühe gelang es, die bereits völlig Erschöpften in den Kahn zu ziehen und an das Ufer zu bringen. Viele hunderte von Menschen umstanden das Ufer und schauten in höchster Aufregung dem Schauspiel zu, das für die Verunglückten sehr leicht einen schlimmen Ausgang nehmen konnte. Das Boot der Verunglückten und noch ein zweites Fahrzeug konnten bis zum Abend aus den Fluten nicht geborgen werden. Am Nachmittag ist es in einem Falle mit knapper Not gelungen, einen jungen Mann zu retten, der mit seinem Boot dem Ohreweide zutrieb und sicher unrettbar verloren war, wenn er über das Wehr hinweggetrieben worden wäre.

Dachstuhlbrand. Am Himmelfahrtstage um 9^{1/2} Uhr brach in dem vierstöckigen Hause Bohrauerstraße 27 ein Dachstuhlbrand aus, der vier Bodenkammern und einen großen Teil des Dachstuhles vernichtete. Im Dachstuhl sind dort neben den Bodenkammern zwei Wohnungen, die auch vollständig verqualmt wurden; den Bewohnern gelang es aber, sich rechtzeitig zu retten. Als die Feuerwehr eintraf, war der Dachstuhl vollständig in Flammen. In etwa 25 Minuten gelang es der Feuerwehr, das Feuer zu dämpfen; die Abföhrungsarbeiten und das Aufräumen erforderten noch eine Arbeit von 1 1/2 Stunden.

Selbstmordversuch. Auf der Brückstraße, Ecke Wardeinstraße, wurde am 25. Mai der Maler Walter Brinkel, 18 Jahre alt, Bienenstraße 9, bewußlos aufgefunden. Man schaffte ihn in die Klinik, wo eine Vergiftung durch Kreosot festgestellt wurde. Es besteht die Hoffnung, den jungen Mann am Leben zu erhalten.

Der Zigeuner im Jellenwagen. Am Donnerstag Vormittag wurde ein Zigeuner im Jellenwagen vom Polizeigefängnis nach dem Untersuchungsgefängnis in der Graupenstraße transportiert. Im Wagen waren auch Frau und ein Kind des Zigeuners, die man gleichfalls verhaftet hatte. Auf dem Ringe sprengte der Zigeuner plötzlich die Tür seiner Wagenselle, um den Transportwächter heimlich anzugreifen. Der Beamte zog seinen Säbel, an dem sich der Zigeuner eine Dandorelung zuzog. Der Wächter lockte auf dem Ringe viele Straßenspassanten an, die den Transport bis an das Untersuchungsgefängnis folgten. Der verhaftete Zigeuner soll sich an einem Einbruchdiebstahl beteiligt haben.

Einbruch. In der Nacht zum Himmelfahrtstage ist ein Einbruch in die Papiergroßhandlung von Friedländer, Sonnenstraße 10, ausgeführt worden, wobei Waren im Werte von 190 Mark entwendet wurden.

Drei Straßendiebstahl sind am Himmelfahrtstage festgenommen worden. Die drei Männer, zwei Schloffer und ein Anstreicher, hatten vor einigen Tagen Nachts einen Schmied auf der Wehrweide überfallen und ihm die Uhr und ein Portemonnaie mit 7 Mk. geraubt.

Verhaftung wird seit dem 6. Mai das 16 Jahre alte Dienstmädchen Wilhelmine Wille, zuletzt Krullstraße 10 bei Scholz wohnhaft gewesen.

Leibendiebstahl. Am 20. Mai (Montag) wurde einem Herrn auf der Schmeidebrücke im Gedränge ein Portemonnaie mit Inhalt gestohlen.

Verhaftung wurde gestern ein Anstreicher, der auf der Kupferstraße eine Haushälterin mit Karbolium bespritzt und dadurch ihren Umhang und Schürze vernichtet hatte. **Verhaftung** wurden ein schwarzes Portemonnaie mit Inhalt, eine Korbhülle, ein Koffer, enthaltend Wäsche, zwei schwarze Damendandorens mit Inhalt, ein Dreher, eine Damenbluse, ein Stockhörn und eine silberne Paulselle.

Literatur.

„Der deutsche Arbeiter-Sängerbund.“ So betitelt sich ein Buchlein, das auf reichlich 100 Seiten eine Art geschichtlichen

Rechenhaftsbericht über Wesen und Ziele der Arbeiter-Sängervereine gibt. In gedrängter Form ist eine überraschende Fülle von Material zusammengetragen worden, das uns den Kampf und das Wachstum der Arbeiter-Sängervereine aus vergangenen Tagen bis auf die Gegenwart zeigt. Dieses Buchlein ist als eine ausgezeichnete Informationsquelle, als ein Nachschlagewerk gedacht, nicht nur für die Vorstandsmitglieder der Sängervereine, nicht nur für die Bezugs-, Gau- und Bundesleiter, sondern muß für jeden Freund des Arbeiter-Sängertums ein wertvolles Buch sein. Dem Verfasser ist ein Namens- und Sachregister beigegeben, mit dessen Hilfe man sich im Augenblick über den Stand der Arbeiter-Sängerbewegung in den verschiedenen Orten, über die lokalen Verhältnisse, die Beziehungen zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation, die zahlenmäßige Stärke, über diese und jene Persönlichkeit, die sich in der Bewegung hervorgetan hat, über künstlerische und literarische Fragen und dergleichen mehr orientieren kann. Der erste Teil des Buchleins gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Arbeiter-Sängerbewegung überhaupt bis zur Gründung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Der zweite Teil behandelt in gedrängter Form, hier und da lediglich durch Wiedergabe statistischen Materials, die Entwicklung der einzelnen Gauen des Bundes. Wo interessantes Material zur Verfügung stand, ist der historische Werdegang älterer Sängervereine zu schildern versucht worden.

Wir haben es also mit einer Arbeit zu tun, die verdient, beachtet und gekauft werden. Der Ladenpreis des Buches beträgt 75 Pfennig. Für Mitglieder des Sängerbundes nur 25 Pfennig. Es ist beim Vorstehenden des Schlesischen Sängerbundes, dem Genossen Zajar, Breslau, Galtstr. 51, zu haben.

Neueste Nachrichten.

Folgen der Besetzung von Fez. Fez, 26. Mai. Wie der „Matin“ meldet, wird der Besetzung von Fez nicht ohne Widerhall am Sultanat beisehen. Der Emir der Hausa hat dem General Tauter sofort seine Bereitschaft erklärt, Frieden zu schließen und auch die Bewohner Hausa bieten durch eine Geländeschaft von Morabeln ihre Freundschaft an und lassen ihre Ergebenheit versichern. Die Delegierten der Beni W'ar brachten sogar die Ermächtigung mit, den Operationen der Kolonne des Oberst Henry zu folgen.

Aus Portugal. Lissabon, 26. Mai. Die „Times“ meldet aus Lissabon, daß die Regierung die Regierung habe, obgleich sie den unzulässigen beunruhigenden Gerüchten keinen Wert beimeße, doch alle Maßregeln getroffen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten. Die Garnisonen des Nordens und des Nordostens werden mit zuverlässigen Truppen besetzt.

Montenegro und die Großmächte. Konstantinopel, 26. Mai. Auf der Warte eingelaufen. Meldungen betagen, daß die Großmächte mit Ausnahme der Türkei auf die montenegrinische Beschwernende wegen der türkischen Truppenkonzentrationen geantwortet haben, daß die militärischen Maßnahmen der Türkei lediglich die Unterdrückung des Aufstandes bezwecken und keine eigennützigen Motive haben.

Vertrag! Konstantinopel, 26. Mai. Behufs Erledigung des Budgets wurden die Kammerkassungen bis zum 4. Juni verlagert. Der Sultan tritt daher erst am 6. Juni seine Reise nach Mayabonier und Albanien an. Das diesjährige Budget weist laut Bericht des Budgetausschusses ein Defizit von 12 Millionen Pfund auf. Dasselbe soll durch die neue Anleihe von 5 1/2 Millionen Pfund teilweise gedeckt werden. Der Scheich ul Islam hat, wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, von Amis wegen eingearbeitet um das Duell zwischen den beiden Abgeordneten Dschahid und Qasim zu verhindern.

Eine neue Brücke über den St. Lorenzstrom. Quebec, 26. Mai. Die kanadische Regierung hat die Pläne für den Bau der neuen Brücke über den St. Lorenzstrom nunmehr genehmigt. Diese wird die größte Brücke der Welt sein und die berühmte schottische Brücke noch um 90 Fuß übertreffen. Die Bauzeit ist auf vier Jahre berechnet. Die neue Brücke wird 3223 Fuß lang sein bei einer Breite von 88 Fuß. Sie wird sich 150 Fuß über dem Wasserpiegel erheben. Das Gewicht dieser Eisenbrücke wird über hunderttausend Tonnen betragen, wobei das Mauerwerk noch nicht mit eingerechnet ist. Die Kosten belaufen sich nach den bis jetzt aufgestellten Kostenvoranschlägen auf über fünfzig Millionen Mark.

Serum zur Bekämpfung der Tuberkulose. New York, 26. Mai. Dr. Crich in Verbindung hat nach langjährigem Studium ein neues Verfahren zur Bekämpfung der Tuberkulose entdeckt, mit dem er, wie mitgeteilt wird, bereits sehr befriedigende Resultate erzielt haben soll. Das Verfahren besteht in der Einspritzung eines Serums unter die Haut, jedoch wird die Zusammenstellung des Serums bisher noch geheim gehalten. Bekannt ist nur, daß auch die Elektrizität in dem neuen Verfahren eine große Rolle spielt.

Wien, 26. Mai. In der Zentrale der hiesigen städtischen Elektrizitätswerke wurde gestern der 40 Jahre alte Schlosser-gehilfe Kononis infolge eigener Unvorsichtigkeit durch einen elektrischen Strom von 5000 Volt gelötet.

Reisenbach i. B., 26. Mai. Der zwölfjährige Sohn des Vizekonsulbürobesitzer Frisch ist beim Pflanzensuchen für sein Herbarium in der Nähe von Unterrannwald von einem Felsen abgestürzt und tot liegen geblieben.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
26. 5.	13,43	13,43	13,43	13,43	13,43	13,43	13,43	13,43	13,43
27. 5.	14,10	14,10	14,10	14,10	14,10	14,10	14,10	14,10	14,10
28. 5.	14,80	14,80	14,80	14,80	14,80	14,80	14,80	14,80	14,80
29. 5.	15,50	15,50	15,50	15,50	15,50	15,50	15,50	15,50	15,50
30. 5.	16,20	16,20	16,20	16,20	16,20	16,20	16,20	16,20	16,20

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Sonnabend, den 27. Mai: **Kupferstraße.** Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 3. **Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).** **Neumarkt.** **Sand-District (Bezirk 1, 2, 3).** Sonnabend, den 27. Mai, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Jagdabend bei Hellmann, **Neberstraße.** **Sand-District (Bezirk 1 und Umgegend).** **Sonntag, den 28. Mai, Nachmittags 3 Uhr:** Mitglieder-Versammlung bei Rometsch in Ralben. **Vortrag des Genossen Scholl.**



Wahren Sie alle Vorteile, die unser **neueröffnetes** Schuhhaus bietet. **ersparen** wir jährlich an **Ladenmiete** und sonstigen **Spesen** und verkaufen deshalb **und bewährten** Qualitäten mit einem **ganz kleinen Nutzen — unglaublich billig!**

Schuhengroßhaus, Einzelverkauf: Gräbschenerstr. 55, parterre. **Kein Laden!**

Görlitz. [9816] **Bunzlau.**



Schauspielhaus

Anfang 8 Uhr.
Heute Freitag, den 26. Mai
und folgende Tage:
Gastspiel des
**Max Walden-Ensembles,
„Volnische Wirtin“.**
Wiederholung an der Kasse des Schauspiels
den 10. (Samstag 11 Uhr)
12. (Sonntag) und Abends den
13. (Montag) 7 1/2 Uhr ab. Ferner Tagtäglich im Vertheater
des **Baraldy.**

Sommer-Theater (Lieblich Etabl.)
Freitag und Sonnabend:
Der gelbe Prinz
Operette in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: **Konzert.**
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
Die Biederliche Revue
Bei uns in Breslau
Anfang 8, u. 7—8 Konzert.
Bei schönem Wetter im Garten.
Jeden Freitag:
Nichtraucher-Abend.

Bestellen Sie nur Reklamier aus der
Breslauer Zeitung

Zeltgarten
Einziges
Sommer-Variété.
Täglich:
Gala Künstler-Vorstellung.
Weltkadi-Programm.
Entree 10 Pfg.
Reserviert 19 Pfg.

Palmengarten.
Schweden:
Bedienung
im
Sofenrod.
Sänger:
Damen-Trompeter.

Lieblingshöhe.
Freitag, den 26. Mai:
Konzert der
Stadt-Theater-Kapelle.
(Wagner-Abend.)
Konzertleitung:
Kapellmeister Prüwer.
Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Hut-Hanke
Inh.: Joh. Tessler
Friedrich-Wilhelmstr. 23.



Hüte, nur gute, reelle
Qualitäten, für
Herren und Knaben.
Neueste Formen in
Sirohüten, engl. Mützen
zu billigen Preisen.

Handschuhe a. reellsten
kauft man
bei
H. Härtel
Hauptstr. 43, 2. u. 3. Hof.

Weißbrot
nur bestes und billiges
Korn
Korn
Korn
Korn

Mittwoch, den 31. Mai 1911, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Schwimmer-Versammlung
in **Geide's Restaurant,** Ecke Leuthen- und
Hildebrandstr.
Tanz-Ordnung:
Warum baden und schwimmen wir und warum gründen
wir Schwimmvereine? 2854
Freie Diskussion. Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.

Thunig's Garten-Etabl. Seltengasse 7.
Jeden Sonntag bei günstiger Witterung **Grosses Freikonzert.**
Anfang 5 Uhr.
Um günstigen Besuche bitten
I. V.: **Albert Feder.**

Deutsch-Amerik. Schuhwaren G. m. b. H.
Knaben u. Mädchen, Damen u. Herrn
Alle haben das Pflöckstest gemacht —
Da ist keine Schule — die Arbeit
steht still
In's Freie kann Jeder, wenn er
nur will.
Wer Geld hat, der kann sich auf
Reisen begeben
Wer keins hat, kann auch zu Hause
gut leben
Doch alle, ob reich, ob arm, ob gross
oder klein,
Sie kommen zu uns, kaufen Schuhe
sich ein.
Wir haben eine riesige Auswahl
und verkaufen in unseren Geschäften
20 Schmiedebrücke 20
(im Nussbaum),
41 Gräbschener Str. 41
(Ecke Friedrichstrasse)

- zu enorm billigen Preisen**
- Elegante braune Herrenstiefel mit und ohne Lackkappe 11.50, 10.50, 8.50 und **675**
 - Elegante schwarze Herrenstiefel mit und ohne Lackkappe 11.50, 10.50, 8.50 und **590**
 - Dauerhafte Herren-Zug- u. Schnürstiefel festes Wiedleder 9.50, 6.50 und **425**
 - Feinste braune Damenstiefel mit und ohne Lackkappe 10.50, 6.50, 7.00 und **675**
 - Feinste schwarze Damenstiefel mit und ohne Lackkappe 10.50, 5.50, 6.50 und **465**

Braune und schwarze Damen-Halbschuhe, Spangenschuhe, Sandalen, Turnschuhe.
Ein Posten
Zeug-Promenadenschuhe 1.75, 1.25 und **98 Pf.**
Original Goodyearwelt-Stiefel
modernste Formen und Farben [2814]
für Herren: **1190** für Damen: **1050**

Knaben-Stiefel, Mädchen-Stiefel, Kinder-Stiefel, Jahnturnschuhe, Brautschuhe.
Eine Auswahl, wie wir sie bringen, findet man nur in den seltensten Fällen.
Für jeden Fuss den passenden Schuh.
Deutsch-Amerik. Schuhwaren G. m. b. H.
20 Schmiedebrücke 20, im Nussbaum,
41 Gräbschenerstrasse 41, Ecke Friedrichstrasse.
Man achte bitte genau auf unsere Firma!

Mehrere Saisonarbeiterinnen
aus Schweden
zum Wäscheputzen gesucht
Waldstein & Kausch, Ankerstr. 112

Uhren, Ketten u. Ringe
aus
Edelstein
zu
billigen
Preisen
in
der
Hauptstr. 17, 1. Hof.

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lepowicki.
Preis pro Exemplar 20 Pfennige.
Der Verfasser ist Rechtsanwalt
auf dem Gebiet der Miet- und der
Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
über 20 Jahre lang in der Praxis
beschäftigter Rechtsanwalt.

Hut-Niederlage
Felix Eckert, Hauptstr. 19
aus
Edelstein
zu
billigen
Preisen
in
der
Hauptstr. 17, 1. Hof.

Eduard Berastoin:
Die
Natur u. die Wirkungen
der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkowacht

Eduard Berastoin:
Die Grundbedingungen
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkowacht

Achtung! Achtung!
Bäckerstreif

4 gut bewährte Volksversammlungen haben den Kampf der Bäckerarbeiter für **berechtigt** erklärt und die Aufforderung an die Bevölkerung gerichtet, ihre **Sympathie** mit den Streikenden dadurch zu beweisen, **daß Brot und Backware** nur aus den hier aufgeführten **Bäckereien** gekauft wird, welche die **bescheidenen Forderungen** der Streikenden bewilligen und auch durchführen.

- Daß unsere Forderungen leicht durchführbar sind, wird dadurch bewiesen, daß folgende **Bäckermeister** dieselben **bewilligt** haben:
- Josef Beichel, Sadowastr. 7.
 - Karl Bentke, Märkischestr. 96/98.
 - Emma Brehmer, Pohnerstr. 4.
 - Friedrich Burde, Pöpelwitzstr. 18.
 - Brotfabrik „Konkordia“, Delinerstr. 14.
 - Paul Chrobock, Brunnenstr. 18.
 - Alfred Huth, Scheinigerstr. 44.
 - Richard Kein, Pöpelwitzstr. 4.
 - Georg Klein, Neue Waldstr. 111.
 - Alfred Kleiner, Weinstr. 17.
 - Johann Klose, Klein-Gandau.
 - Karl Krause, Schmiedefeld.
 - Franz Sauer, Frankfurterstr. 176.
 - Reinhold Köhler, Pöpelwitzstr. 38.
 - Karl Geilke, Pöpelwitzstr. 49.
 - Oskar Langner, Weinstr. 19.
 - Julius Krause, Pöpelwitzstr. 16.
 - Eustav Hanke, Pöpelwitzstr. 63.
 - Wilhelm Mummer, Brodenerstr. 2.
 - A. Wolf, Matthiasstr. 152.
 - Theodor Larisch, Blücherstr. 21.
 - Karl Larisch, Silberstr. 3.
 - Heinrich Laschke, M. Scheinigerstr. 43.
 - Paul Lebeck, Weinstr. 7.
 - August Neumann, Matthiasstr. 88.
 - Albert Pätzold, Pohnerstr. 43.
 - Theodor Samba, Pöpelwitzstr. 13.
 - Bruno Schäfer, Neue Tauenstr. 70.
 - Karl Scholz, Cosel bei Breslau.
 - Franz Starker, Cosel bei Breslau.
 - A. Theinert, Margaretenstr. 15.
 - Julius Zigon, Pöpelwitzstr. 8.
 - Franz Fühlig (Wagner Nachf.), Oststr. 110.
 - Paul Franke, Pöpelwitzstr. 21.
 - Eduard Schremmer, Märkischestr. 110.
 - Emil Hanke, Pöpelwitzstr. 4.
 - Wilhelm Nippert, Pöpelwitzstr. 76.
 - Josef Klose in Cosel bei Breslau.
 - Karl Sommer, Schießwerberplatz 14.
 - Vinzent Ofara, Allenstr. 35.

Ferner in allen durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen.
Mitbürger! Arbeiter und Arbeiterinnen!
Wer mithelfen will, daß die bisher so schlecht gehaltenen Bäckergehilfen diese Forderungen durchführen und sich eine menschenwürdige Existenz erringen, der kaufe nur aus obigen getregelten Bäckereien seine Backwaren. **Weidete die Geschäfte,** deren Inhaber die bescheidenen Forderungen nicht bewilligt haben, sondern mit Streifbrechern arbeiten.

Die Lohnkommission der Breslauer Bäcker.

Anzüge, Paletots.

Wegen Aufgabe
des fertigen Lagers
Ausverkauf
aller zum Lager gehörenden
Herren- und Knaben-Garderoben
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen.

Gebr. Taterka
Inh.: Paul Taterka
Breslau, Ring 47.

Joppen, Pelerinen, Hosen.

Knaben- u. Jünglings-Anzüge u. Paletots.

Deutscher Reichstag.

188. Sitzung. Mittwoch, den 24. Mai, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Delbrück.

Präsident Graf Schwerin-Böwius teilt mit, daß der französische Botschafter ihm den Dank für die Beileidskundgebung des Reichstages übermittelt habe.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Gesetz über die Wahlen zur zweiten Kammer des Landtages für Elsaß-Lothringen.

Die Beratung des ersten Paragraphen wird verbunden. Zum § 1 beantragen die Abgg. Dr. Mitzing (Els.) und Genossen eine andere Wahlkreisinteilung. Zu § 2, der von der Wahlberechtigung handelt, liegt ein Antrag

Abrecht (Soz.) und Genossen vor, der Einführung des Frauenwahlrechts und Herabsetzung des Wahlberechtigungsalters von 25 auf 20 Jahre verlangt. Ferner sollen alle Wähler wahlberechtigt sein, die seit mindestens einem Jahre (Kommission: 3 Jahre mit Ausnahme für Beamte, Religionsdiener und Lehrer) ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen haben. Ferner will der Antrag die vorgesehene Gemeindevohnsitzkaufel von einem Jahre ersetzen durch die Bestimmung, daß das Wahlrecht ausgeübt werden soll in der Gemeinde, wo der Wähler am Tage der Aufstellung der Wählerliste seinen Wohnsitz hat.

Abg. Emmel (Soz.):

Das Wahlgesetz ist für uns die Hauptsache. Von der Gestaltung dieses Paragraphen hängt unsere Zustimmung zur ganzen Vorlage ab. Die Kommissionsbeschlüsse genügen uns nicht ganz. Man hätte ursprünglich gehofft, daß der Proporz in Elsaß-Lothringen eingeführt werden würde. Ein solcher Antrag war im Landesauschuss von den Herren Fummenthal, Preuß, Kitting, Wettersle eingeleitet worden. Aber als die Verfassungsreform der Regierung kam, änderte sich die Haltung dieser Herren. Diese Änderung trat zuerst auf dem 10. genannten Delbrück-Dinner. Die württembergischen Elsaß-Lothringischen Volksgenossen kamen damals nicht zum Ausdruck. Die Herren fürchteten für die Stellung, die sie jetzt nach infolge des ungerechten Wahlsystems im Landesauschuss innehaben. Er hatte doch Herr Kitting sogar gesagt, das Volk sei noch nicht reif für den Proporz. Das lag derselben Herr, der ein Jahr vorher selbst für den Proporz eingetreten war. (Hört, hört! b. d. Soz.) Er ist also offenbar der Meinung, daß das Elsaß-Lothringische Volk in dem einen Jahre um so viel klüger geworden ist. Ebenso sind die eifrigen Nationalisten in der Frage des Pluralwahlrechts umgefallen. Für die Doppelwahlrecht dieser Herren ist auch bezweifelnd, daß sie zu derselben Zeit, wo sie hier mit Anträgen vorgehen, die die Autonomie für Elsaß-Lothringen verlangen, hinter den Kulissen mit dem preussischen Minister von Köller sich dahin einigten, aus Elsaß-Lothringen ein Vorkonzern zu machen und einen Landtag zu schaffen, der aus drei Gruppen von Abgeordneten zusammengesetzt sein sollte, und wonach nur der dritte Teil der Abgeordneten auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden sollte. (Hört, hört! bei den Soz.) Zuruf des Abg. Wetterle. Das hat im Worte des Abg. Wetterle gestanden und ist nicht dokumentiert worden. (Hört, hört! bei den Soz.) All das zeigt, daß die Herren nur nach außen aus demagogischen Gründen für das allgemeine Wahlrecht eingetreten sind, daß es ihnen aber damit nicht ernst war. Die Regierung konnte natürlich dies Doppelspiel, was es doch ihr Willkür, Herr von Köller, mit dem diese Gespräche geführt wurden. Daran erklärt es sich auch, daß die Regierung nicht weitere Kommissionen machen wollte. Dazu wurde sie erst gezwungen, als sich zeigte, daß mit dem Landesauschuss nicht weiter auszukommen war. Auch gegenüber der jetzigen Vorlage lassen sich die eifrigen Nationalisten lediglich von dem Gesichtspunkt leiten, wie sie ihre Macht aufrecht erhalten können. Das beweist am besten der

Wahlkreisinteilungsantrag

dieser Herren. Man will Colmar Stadt und Land trennen und sich durch die Listenwahl beide Abgeordnete des Landkreises sichern. Die jetzt beantragte Listenwahl ist das gerade Gegenteil des früher von denselben Herren beantragten Proporz. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir müssen das entschieden ablehnen. Wir hätten den Proporz am liebsten gehabt, da er aber nicht durchgegangen ist, werden wir für die Kommissionsbeschlüsse im § 1 stimmen. Zum § 2 beantragen wir dann aus grundsätzlichen und Zweckmäßigkeitsgründen das

Frauenwahlrecht.

Wir haben in Elsaß-Lothringen 325 000 weibliche Erwerbstätige, um ein Drittel aller Erwerbstätigen. Diese Frauen sind an der Gesetzgebung natürlich besonders interessiert; ebenso aber auch die in der Hauswirtschaft tätigen Frauen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine alte Forderung ist auch die Wahlberechtigung vom 20. Lebensjahre an. Das Erfordernis einer Unfähigkeit im Lande von 3 Jahren erscheint uns zu weitgehend. Auch die Kommission hat ja schon für Beamte, Religionsdiener und Lehrer ein Jahr für genügend erachtet, um sich mit den Verhältnissen vertraut zu machen. Gar keine Berechtigung hat aber im Gesetz die Gemeindevohnsitzkaufel. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nur für den Zeitpunkt, wo die Wählerliste aufgestellt wird, hat die Gemeindevohnsitzkaufel einen Sinn. Durch das von der Kommission beschlossene einjährige Gemeindevohnsitzfordernis werden nur die Betroffenen, die gezwungen sind häufiger umzuziehen, es ist eine rein schifanöse Bestimmung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sogar die Beamten sollen unter diese unbillige schifanöse Bestimmung fallen und dadurch zeitweise ihres Wahlrechtes verlustig gehen. Ich erlaube Sie dringend, diese Bestimmung zu beseitigen und uns damit die Möglichkeit zu geben, weiter ein Interesse an der Gesamtgestaltung des Gesetzes zu haben und daran mitzuarbeiten wie bisher. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Panfmann (Vpl.):

Wir begrüßen die Einführung der Sonntagswahl und ehelicher Wahlurnen durch die Kommission, sowie die Ablehnung des Pluralwahlrechts. Ein Antrag auf Beibehaltung dieses innerlich ganz unbegründeten Alters-Pluralwahlrechts wurde schließlich von keiner Seite in der Kommission gestellt. Die Folge der einen Stimme mehr bei Erreichung des Schwabensalters von 40 Jahren wäre gewesen, daß die unter der französischen Herrschaft geborenen Elsaß-Lothringer eine Stimme mehr gehabt hätten, als die unter der deutschen Herrschaft Geborenen. Das wäre ein richtiges Schwaabentum gewesen. (Sehr gut! und Beifall.) Es hat sich hier wieder einmal gezeigt, daß jedes Wahlrecht mehr Schattenseiten und Fehler hat als das allgemeine Stimmrecht. (Sehr gut! links.) Den Konservativen können wir für ihre Haltung nur dankbar sein, sie haben die Regierung förmlich auf die linke Seite hindrübergezogen, wollte sie nicht das ganze Gesetz scheitern lassen. Aber wer anderen eine Grube gräbt, der fällt selbst hinein. Ein konservatives Volk hat sogar geglaubt, man solle die Reform verschoben, bis einmal ein Krieg neu über Elsaß-Lothringen eingeschlagen habe. Das ist der Bankrott der konservativen Staatskunst. (Sehr wahr! links.) Die Gruppierung bei dieser Vorlage ist zumeist eine hoffnungslose Besessene für die positive Arbeit des nächsten Reichstages. (Bravo! links.)

Abg. Derken (Vpl.): Wir stimmen trotz mancher Bedenken den Kommissionsvorschlägen zu, kein konservativer Deutscher will einen Krieg.

Abg. West-Heidelberg (Natlb.): Wir stimmen für die Kommissionsvorschläge, ohne sie in allen Punkten für ideal zu halten und lehnen alle Abänderungsanträge, von welcher Seite sie auch kommen, ab. (Bravo! bei den Natlb.)

Abg. Sauer (Els. Zentr.): Wir halten das Wahlgesetz für recht unvollkommen, aber wir stimmen dafür, weil es immerhin bedeutend besser ist, als der jetzige Zustand.

Die Debatte schließt. Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt. § 3, der das allgemeine Wahlrecht ohne Pluralwahlstimmen enthält, wird in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 47 Stimmen angenommen. (Beif. Bravo! links und im Zentrum.)

Mit der Minderheit (den Konservativen) stimmen einige Reichsparteiler, darunter v. Lebert und Schulz.

Die übrigen Paragraphen werden debattelos angenommen. Die zweite Lesung des Wahlgesetzes und damit der ganzen Verfassungsvorlage ist erledigt.

Eine große Anzahl Rechnungssachen werden debattelos erledigt.

Es folgt die erste Lesung des

Handelsverträge mit Japan.

Staatssekretär Delbrück verweist kurz auf die beigegebene Begründung.

Abg. Köstler (Natlb.) hat schwerwiegende Bedenken, über die er sich in der Kommission weiter verbreiten will.

Staatssekretär Delbrück will in der Kommission weitere Aufklärung geben.

Abg. Sauer (Els. Zentr.) hat auch Bedenken. Mit der Kommissionsberatung ist er einverstanden.

Abg. Köstler (Natlb.) ist ebenfalls mit der Kommissionsberatung einverstanden.

Die Vorlage geht an die Kommission für den schwedischen Handelsvertrag.

Es folgt die erste Lesung des

Niederlassungsverträge mit der Schweiz.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortchr. Vpl.): Der Vertrag enthält einige bedenkliche Bestimmungen, die den Geist veralteten Polizeigesetzes atmen.

Abg. Stadthagen (Soz.): In dem Vertrage sind direkte Verschlechterungen enthalten, über die sich die Begründung vielfach ausspricht. Wir verlangen Aufklärung in der Kommission und beantragen daher Kommissionsberatung. Der Vertrag verstoßt auch gegen die auf unseren Antrag angenommene Reichstagsresolution, die sich gegen das mit Reichsgesetz und internationalen Verträgen in schroffem Widerspruch stehende Verbot des Auswärtigen mit den Legitimationskarten auswärtiger Arbeiter wendet. Von auswärtigen Regierungen sind Beschwerden eingelaufen über die vorentsprechende internationale Verträge.

Abg. Stadthagen (Soz.): Diese Ausführungen sind doch wohl nicht angemessen. (Zuruf b. d. Soz.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Meine Ausführungen sind durchaus der Sache angemessen. Wenn der Präsident jemanden zur Ordnung rufen will, so rufe er die preussische Regierung zur Ordnung. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Der Präsident Dr. Schulz: Ich habe Sie ja gar nicht zur Ordnung gerufen, ich habe Sie nur gebeten, Ihre Ausdrücke etwas zu mäßigen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Das Vorgehen der preussischen Regierung mit den Legitimationskarten bedeutet eine Unnahmensregel gegen Arbeiter in Ausländern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Forderung, daß die betreffenden 2 oder 3 Mark an die menschenhandeltende Zentralstelle zahlen müssen und nun gar die Ausweisung im Falle des Nichtzahlens bedeutet eine Verletzung des Reichsrechts und der Reichsverfassung. Auch das Kassegesetz wird dadurch verletzt. Wenn preussische Minister in der Schweiz aufzufordern würden, sich Legitimationskarten für 3 Francs zu lösen, so würden sie die schweizerischen Behörden wegen Verletzung und Milderung verurteilen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wie kommt man dazu, ein Ausweisungsgesetz, das der Polizei nur gegen Landstreicher und Prostituierte zusteht, auf Arbeiter anzuwenden? (Sehr gut! bei den Soz.) Ich kann unter diesen Umständen

dem Vertrag nicht zustimmen.

Der Vertrag bedeutet neue Privilegien für das Menschenhändler-Institut genannt Feldarbeiterzentrale und die Antipielgarde der Hühner-Sicherheitsmonateller. Ich beantrage die Überweisung an dieselbe Kommission, der der Vertrag mit Japan überwiesen ist. (Beifall b. d. Soz.)

Wehrmacht v. Franziskus gibt zu, daß die Schweiz sich durch die Anwendung der Bestimmungen über die Legitimationskarten nicht gerade sehr angenehm berührt gefunden hat. Sie hat darüber freundschaftliche Vorstellungen erhoben. Die Reichsregierung hat die Vorstellungen der preussischen Regierung übermittelt und die von dieser erteilte Aufklärung der schweizerischen Regierung mitgeteilt. Diese hat sich damit beruhigt. Bei Abschluß dieses Vertrages ist die Frage nicht erörtert worden.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.

Es folgt gleich die zweite Lesung.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wenn die Schweiz nicht weiter Widerspruch gegen die Legitimationskarten erhoben hat, so hat sie sich noch keineswegs mit ihnen einverstanden erklärt. Internationale Verträge haben doch keinen Wert, wenn sie von irgend einem Partikularstaat durchbrochen werden können. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Vertrag wird hierauf genehmigt.

Debattelos angenommen wird das Übereinkommen über das Seerecht und das Gesetz über Befreiung von Tierkadavern in zweiter Lesung.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über den Patentsausführungszwang.

Abg. Erzberger (Zentr.) und Staatssekretär Delbrück nehmen das Reichspatentamt gegen Angriffe von Patentanwälten in Schutz.

Abg. Dove (Fortschrittliche Volksp.) Die Sache hat mit der Vorlage nichts zu tun. Die Patentanwälte haben wie jeder Preusse das Recht, ihre Meinung frei zu sagen.

Abg. West (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Erzberger, die mit dem Gesetz in keinem Zusammenhang stehen, scheinen bestellte Arbeit zu sein. Trotz mancher Bedenken werden wir im Einklang mit den Zuschriften, die uns von Industriellen und Arbeitern zugegangen sind, für das Gesetz stimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Das Gesetz wird in zweiter und gleich darauf in dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz über Ausgabe kleiner Aktien in den Konsularbezirken wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Dritte Lesung der Elsaß-Lothringischen Verfassungsvorlage und der Reichsversicherungsvorlage.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Zur 7. Generalversammlung des Deutschen Buchdrucker-Verbandes.

Hannover, 20. Mai 1911.

Sechster Verhandlungstag.

Aus der Freitagssitzung haben wir noch den Bericht über die Punkte Internationale Beziehungen und Vertretung auf dem Deutschen Gewerkschaftskongress. Döblich gab einen kurzen Bericht über die internationale Bewegung. Er hat den Eindruck, daß die Erziehung, die in so einseitiger Weise im eigenen Verband und an den eigenen Mitgliedern ausgeübt wird, viel stärker verlangt werden muß von allen dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbänden. Wir haben alle Ursache, unsere vorläufige Kritik in der ganzen internationalen Bewegung zum Durchbruch zu bringen. Jeder verlorene Streik, auch im Auslande, ist ein Anreiz für die Unterneher aller Länder, aggressiver gegen die Kollegen vorzugehen. Döblich führte dann aus, wie die Rettung der englischen Organisation, die um ihre Stellung zur Internationalen befragt wurde und obwohl sie ihren Anschluß in sichere Aussicht stellte, gänzlich unterläßt, das Versprechen wahrzumachen. Ihr Verhalten bei verschiedenen Anlässen läßt darauf schließen, daß es in absehbarer Zeit nicht gelingt, die Engländer zum Anschluß zu bewegen. — Über verschiedene Unstimmigkeiten innerhalb der internationalen Bewegung hat kurz vor dem Verbandstage unter den Vorständen eine Aussprache stattgefunden, die zu einem bestrebendsten Ergebnis geführt hat. — Diese Unstimmigkeiten spielen aber trotzdem in der Debatte eine Rolle. Schlußwort Schweiz brachte Fälle zur Sprache, in denen die aus dem Auslande erteilten Auskünfte einfach den Prinzipalen mitgeteilt wurden. Dann wurden Klagen laut, daß die ausländischen Organisationen Anträge vielfach nicht beantworten u. a. Klagen, die die Vertreter der österreichischen und französischen Organisationen auf den Plan riefen. Döblich führte im Zusammenhang zusammenfassend aus, daß auf beiden Seiten genügend worden sei. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Bei Festlegung der Vertretung zum Gewerkschaftskongress beantragte Dreier, Hamburg, 21 Delegierte zu entsenden, in Form der Mitgliederzahl des Verbandes. Döblich hielt das für unmöglich. Wenn jede Gewerkschaft ihr Selbstbestimmungsrecht voll ausübt, würde das nur eine Erschwerung der Verhandlungen bedeuten. Bei wichtigen, die Organisation verpflichtenden Fragen könne ja jeder Verband seine Meinung dadurch bei der Abstimmung voll zum Ausdruck bringen, daß die Abstimmung nach Mitgliederzahlen vorgenommen wird. Delegierte werden 12 Delegierte zu senden; 10 Gaukler (aus den 9 größten Gauen und dem Kongressbüro) den Verbandsvorsitzenden oder dessen Stellvertreter, und den leitenden Redakteur. — Auf eine Neuierung von Kommissionsmitgliedern, die ausdrücklich bedauerte, daß der Verband, obwohl er der Generalversammlung angeschlossenen ist, den letzten internationalen Kongress in Kopenhagen nicht besuchte, wurde in der Diskussion von keiner Seite eingegangen.

Hannover-Stein erörterte dann den Parteitagbeschluss, daß jeder Gewerkschaftler, der den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begeht, seinen Tageslohn an den Unterstützungsfonds abzugeben hat. Die Kollegen des Redners weigern sich und nach Ansicht des Redners mit guten Gründen, diesem Beschlusse nachzukommen. Aus dieser Weigerung entstehen ihnen in Stuttgart (Gewerkschaftsartikel) überhaupt beim Zusammenarbeiten mit den Genossen der anderen Berufe Schwierigkeiten, die Redner des Redners erörterte. Nach seiner Meinung muß von den Verbandsvorsitzenden auf dem Gewerkschaftskongress kräftig ausgesprochen werden, daß vom Verband überhaupt von den Gewerkschaften, derartigen einseitigen, nur von der politischen Vertretung der Arbeiterchaft gefaßten Beschlüssen ein entschlossenes Veto entgegengebracht wird. — Die Frage des Redners, wie der Verband bzw. der Vorstand sich solchen Mitgliedern gegenüber stellen, denen durch die Nichtbefolgung des Beschlusses materieller Schaden erwächst, beantwortete Döblich dahin: Wir betätigen in dieser Frage unsere politische Neutralität dadurch, daß wir sagen: wir hindern euch nicht, diesem Parteibeschluss nachzukommen, wenn ihr als Parteigenossen euch dazu verpflichtet fühlt. Kommt ihr ihm nicht nach, und es erheben sich dadurch wirtschaftliche Nachteile, so habt ihr den Schutz der Organisation.

Schönlank-Hannover führte darauf aus, wie die Ausführung des Beschlusses am 1. Mai nicht nur Bedeutung habe für die Mitglieder, sondern vor allem auch für die Gewerkschaftsbeamten. Früher habe der Redner freiwillig die Hälfte seines Verdienstes abgeführt, jetzt aber, nachdem der Zwang dazu geschaffen ist, weigere er sich. Er steht in diesem Parteibeschluss eine Strafe für die Gewerkschaftsbeamten, weil sie in den Fragen der Arbeiter eine nach Meinung des Redners vernünftige Ansicht haben, als diejenigen Parteigenossen, die diesen Beschluss gefaßt haben. Es muß auf dem Gewerkschaftskongress dahin gewirkt werden, daß dieser Beschluss aufgehoben wird. Döblich sagte zum Schluss seine Ansichten dahin zusammen, er persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß eine Forderung zu Demonstrationen mindestens dazu angetan sein muß, die Arbeiter nicht zu schädigen. Durch die Befolgung der Arbeiter entsenden aber den Buchdruckern schwere Schäden; zahlreiche Kollegen würden ihre Position verlieren. Die Bestimmungen der Arbeiter können den Buchdruckern in keiner Weise Nutzen bringen. Deshalb hat unser Verband auf dem Gewerkschaftskongress dafür einzutreten, daß die Arbeiter abgesehen wird.

Die Verhandlungen am Sonnabend begannen mit der Stellungnahme zu den Anträgen der Korrespondenten betreffend. Es liegen Anträge vor aus obliquatorische Einführung des Korrespondenten, doch werden auf Vorschlag Döblich alle diese Anträge auf Obliegenheit bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Dann kommen die Anträge an die Reihe, den Sitz der Redaktion von Leipzig nach Berlin zu verlegen. Vorstand und Redaktion empfehlen, den Korrespondenten in Leipzig zu lassen. Die Leipziger sind ebenfalls der Meinung. Engelbrecht-Leipzig führt aus, mit der jetzigen Zusammenlegung der Redaktion sind die früheren zwingenden Gründe für die Entscheidung weggefallen. Die Leipziger werden deshalb heute ihre Zustimmung zu einer Überlegung nur geben, wenn aus neue nachgewiesen wird, daß die Notwendigkeit dazu auch unter den letzten Personalverhältnissen besteht. — Döblich führte aus, wie die vorige Generalversammlung in Köln den Beschluss der Verlegung der Redaktion infolge der Differenzen mit Reichhäuser faßt. Der Gesamtverband hat aber in seiner Sitzung mit den Gewerkschaften einstimmig beschlossen, den Kölner Beschluss nicht durchzuführen. Wegen der Öffentlichkeit der Sitzung will Döblich die Gründe nicht nennen, die diesen Beschluss herbeigeführt haben. Aber wenn der Gesamtverband, die Redaktion und die Gewerkschaften einstimmig einen solchen Beschluss faßten, dann dürfen die Delegierten wohl glauben, daß triftige Gründe dafür vorliegen. Auch das Verhältnis zur Leipziger Gewerkschaft und den Kollegen ist in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Dazu würde aber die letzte Situation vor der Tarifbewegung die allerungünstigste für die Verlegung sein. Döblich bittet die Delegierten, im Vertrauen auf Vorstand und Redaktion diesen Anträgen zuzustimmen und darauf zu verzichten, in dieser öffentlichen Sitzung irgendwelche persönliche Fragen anzuschneiden. — Redakteur Rühl sprach in demselben Sinne. Das Haupt

„Trinkt Sinalco“
Beuthen O.-S.

Erscheint 3 mal
wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei
Einkäufen empfohlen.

Fleischeren.
Reber, Mag, Ring.

Bäckeren.
Witts, Hugo, Bismarckstr. 11.
Frauereien.
Vereins-Brauerei A.-G.
Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Cohn, F., Joh. M. Wartsch, Poststr.

Waldner Gartenlokal, Stadelstr.
Wittschel, Anton, Breslaustr. 3.
Eisen- und Fahrradhandlung.
Klose, Friedr., Poststr. 27.

Fleischeren.
Klotz, Paul, Durlachstr. 1.
Galanterie- u. Spielwaren.
Engel, Alfred, Ring.
Müller, Julius, Reagenzstr.

Herren- und Damenkonfektion.
Gibber, D., Goldbergerstr. 35, Witzgasse 1.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.

Herren-Artikel.
Engl. Wagny, (aus Brühl), Witzgasse 2.
Herren-Gard.-Fabr.
Klima, Hubert, Durlachstr. 70.

Restaurateurs.
Freudenberger, G., Bahnhof am gelb. Eisen.
Schmitt, W., Putz- und Konfektion.
Weber, W., Nachstr. 2, Neumann, Ring 52.

Lebensmittel-Konsum.
Wöhler, G., Kirchstr. u. Krausenstr.
Schuhmacher.
Sachl, R., Große Poststr. 6.
Brieg
Arbeiter-Konfektion.
Neumann, R., Poststr. 1, Div. Artikel.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Ohlau
Bier-Brauereien, Bier-Verleger.
Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone,
Gitarren, Klaviere, etc.

Bäckeren und Konditorien.
Weber, G., Poststr. 22, Äg. Straße 1.
Gottmann, Ferd., Reagenzstr. 15, Witzgasse 5.
Schmidt, Hermann, Poststr. 4.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Oels/Hundsfield
Büchereien u. Papierwaren.
Möller, P., Poststr. Nr. 1, 4% Rabatt.
Herren-Garderobe.
Schott, Paul, Carl, Sandstr., Ring.

Fleischeren.
Wittke, Robert, Durlachstr. 34.
Wittke, Paul, Reagenzstr. 21.
Gohse, Julius, Reagenzstr. 15.
Zander, G., Durlachstr. 8, Reparatur.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Qualkau
Bäckeren und Konditorien.
Wittke, Robert, Durlachstr. 34.
Wittke, Paul, Reagenzstr. 21.
Gohse, Julius, Reagenzstr. 15.

Bach, Arth., Ring 30.
Kinematograph.
„Edison“, Tel. Vorstr. 11, Post.
Kolonialwaren und Lebensmittel.
Gritzer, Ernst, Durlachstr. 23.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Schweidnitz
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammoph.
Seller, Mar., Mechaniker, Langstr. 6.
Manufaktur- und Modewaren.
Domfisch, Gebr., Poststr. 16, (Damenfont.)

Stache, O., Poststr. 12.
Schuhwaren u. Schuhmacher.
Gohse, Julius, Reagenzstr. 15.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Striegau
Brauereien und Bierverleger.
Genossenschafts-Brauerei, e. G. m. b. H.,
Neumann, C. F., Schweidnitzstr. 38.

Bunzlau
Fleischeren.
Matthäi, Oscar, Reagenzstr. 11.
Herren-Artikel.
Noth, Rich., Markt 12, Krager, Kravatten.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Wolff, M., Witzgasse 11/12.
Schuhwaren u. Schuhmacher.
Gohse, Julius, Reagenzstr. 15.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Breuer, Joh., Durlachstr. 11.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Wilde, Max, Reagenzstr. Ring 13.
Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Gross-Hochborn/Schmiedefeld.
Bäckeren und Konditorien.
Kobitz, Carl, (Post- u. Kohlenbr.)

Cosel
Bäckeren.
Riese, Josef.
Fleischeren und Wurstfabriken.
Grupe, Paul.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Neukirch
Fleischeren und Wurstfabriken.
Geisler, Friedrich,
Joh. Graf, Reagenzstr. 15.

Dtsch.-Lissa, Stabelwitz.
Bäckeren.
Wittke, Robert, Durlachstr. 34.
Wittke, Paul, Reagenzstr. 21.

Haus- und Küchengeräte.
Weich, P., Breslaustr., Tel. u. Kaufm.
Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslaustr. 19.

Kaufhäuser.
Herrn- u. Damen-
Kaufhaus, Poststr. 1, Witzgasse 1.
Kleider- und Schuhwaren.
Schumann, Eduard, Durlachstr. 13, 1.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klimke, Ferd., Reagenzstr. 21, Ringstr. 10.
Kleiderstoffe, Herren- u. Damenart.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

Möbel, Mützen.
Gohse, F., Witzgasse 81, beste deutsche
Gohse, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Gohse, Jul., Poststr. 4 (Hilfsstr.).

Ströbel
Fleischeren.
Mietz, Bruno, Fleischer mit Ausbeholdung
Kolonial- und Manufakturwaren.
Kaufhaus Poststr. 1, Witzgasse 1.

